

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 25 Pf. (incl. Post).  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Bezugnahme auf Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mk. für das Ausland 4 Mk. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die hochgehaltene Kolonialzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“...  
 Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.  
 Freitag, den 17. Oktober 1913.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Kamptz- und Schmalzgeiellen.

Sie heben die Gläser und schreien: Leipzig hurra hoch! Sie halten phrasenreiche Festreden und lösen Vollerichnisse, sie schwelgen im Rausch eines Sieges, den ihre Ahnväter von ihrem Blut und ihren Knochen begabt haben, und neben den Majestäten, Hoheiten und Durchlauchtigen Herren wird wohl hier und da auch so nebenbei des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes gedacht werden. Aber selten hat eine Gelegenheit den breiten Riß, der zwischen herrschenden und beherrschten Klassen in Deutschland klafft, so unverhüllt hervortreten lassen, als das lärmende Gedächtnisfest der Leipziger Schlacht. In Leipzig selbst hat der Rat in einem Gemisch von Mut und Angst von den öffentlichen Aufschlagfäulen die Plakate der sozialdemokratischen Partei ferngehalten, die zu Protestversammlungen gegen den Jahrbundertrummel aufrufen, in Gelnhausen ist eine Versammlung mit dem gleichen Thema, die unter freiem Himmel stattfinden sollte, verboten worden, in einer ganzen Reihe von Stadtvertretungen ist es wegen des Jubiläums zu heftigen Zusammenstößen zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie gekommen, und an den Stammtischen ereifern sich die Bier- und begeisterungstrunkenen Spießbürger, als begehe die Sozialdemokratie an den Toten von 1813 eine Leichenfäulung nach der andern.

Wer in diesen Schimpfchorus blindwütend mit einstimmt, ist entweder gar schlecht beraten oder er tobt, um nur der gehassten Partei der Arbeiterklasse eins auszuweisen, wider besseres Wissen. In der Tat stände es einer Partei wie der Sozialdemokratie übel an, Männer zu schmähen, die für die Freiheit — und mochte sie nachher noch so sehr als ein Trugbild sich erweisen — ihre Brust den Angeln entgegen warfen. Die Bastillenkämpfer von 1789, die Märzbarrikadenkämpfer von 1848 haben ja so wenig unsere besondere Sache verfolgt wie die Landwehren von 1813, und doch zählen wir den 14. Juli wie den 18. März zu den großen Tagen in der Geschichte der Menschheit — warum sollten wir da nicht des 18. Oktober 1813 mit ähnlichen Hochgefühlen gedenken! Nur wiederholen wir lediglich hundertmal Gefagtes, wenn wir wiederum feststellen, daß wir an den Gräbern derer, die vor hundert Jahren bluteten und starben, mindestens mit derselben Ehrfurcht stehen wie die auf Kommando schluchzenden bürgerlichen Jubiläumsgarden, und für die armen Teufel von schlesischen Leinwandern, die sich, halb verhungert, halb erfroren, schlecht gekleidet und unbeschuht, mit stürmischer Tapferkeit auf den Feind warfen, kann niemand mehr Bewunderung aufbringen als wir, und auch der Geist von 1813, der sich hier revolutionäre Geist, der wie eine wandernde Feuerfäule den Kämpfern voranleuchtete, auch er geht dem Gefühl der sozialistischen Massen in Deutschland ein, weil er ein Teil ist von dem Geiste, der sie selbst befeuert. Denn der große Philosoph Fichte hat in unvergängliche und unergängliche Worte gefasst, was den Kämpfern von 1813 als Ziel voranschwebte: „Ein wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblickten: für Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt,“ und wo anders, als in den Reihen der Sozialdemokratie wird heute noch für dieses erhabene Ideal gekämpft!

Was wir denn ablehnen und bekämpfen, ist der trübe Versuch der herrschenden Klassen, aus dem Andenken an 1813 für ihre engherzigen Zwecke Kapital zu schlagen und das Gedächtnis an jene Volkstaten als ihr Fest zu feiern, als ein Gemisch von Nazionalismus und Geschäftspatriotismus. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, einem von Chauvinismus triefenden alldeutschen Organ, erschien vor einigen Wochen ein Inserat, das verdient, jetzt, da der Jubiläumstrummel seinen Höhepunkt erreicht hat, der Vergessenheit entrissen zu werden. Das interessante Kulturdokument hat folgenden Wortlaut:

### Das Jahr 1913

Muß jedem routinisierten Menschen 10 000de Mark Verdienst bringen, wenn er nur über einige Mittel, schon von 800 Mark an, verfügt. Für den größten Jubiläumsschlager, von Königen und Bundesfürsten empfohlen, geben wir einige noch verfügbare Vertretungen ab. Keine besonderen kaufmännischen oder Branchekenntnisse erforderlich. Unser Bevollmächtigter ist heute Donnerstag und morgen Freitag 11 bis 1 und 3 bis 7 Uhr „Hotel Sedan“, Leipzig. Stangenhaus u. Co., Berlin N. 62.

Nach der Leipziger Schlacht blieben die Leichen der preussischen Krieger im Hofe der Bürgerschule am Wall tagelang unbestattet liegen, von Raben und Hunden benagt, in den Konzertsälen des Leipziger Gewandhauses lagen Tote, Wunde, Kranke auf feuchten Strohhalm, ein verpesteter Brodem erfüllte den schrecklichen Versatz, und ein Strom von bösem Rot sickerte langsam die Treppe hinab. Wenn die

Reichentwagen durch die Straßen fuhren — so lesen wir bei Freitschke —, dann geschah es wohl, daß ein Loter der Kürze halber aus dem dritten Stockwerk hinabgeworfen wurde, oder die begleitenden Soldaten bemerkten unter den starren Körpern auf dem Wagen einen, der sich noch regte, und machten mit einem Kolbenhiebe dem Greuel ein Ende. Draußen auf dem Schlachtfelde hielten die Kasaker ihren Schmaus; es währte lange, bis die entflohenen Bayern in die verwüsteten Dörfer heimkehrten und die Leichen in großen Massengräbern verscharrten. Und hundert Jahre nach diesen unsagbaren Greueln wird aus dem Mute derer, die damals ins Gras bissen, ein „Jubiläumsschlager“, der „routinisierten Menschen“ den Beutel füllen soll. Nichts wird ein schärferes Licht auf den Gemütszustand der herrschenden Klassen im Jahre 1913, denn „Jubiläumsschlager“ — das ist das rechte Wort für die Erinnerungsfestern an 1813 mit ihrem ganzen Drum und Dran. Ein „Jubiläumsschlager“ war das höflich-militärische Fest in Berlin im Frühjahr, bei dem das gaffende Volk nichts zu sehen bekam als das Gintertel von Schützmannsgäulen und ein paar blanke Grenadierblechmützen, ein „Jubiläumsschlager“ war das Erinnerungsfest der deutschen Potentaten in Kielheim, bei dem die treuen Untertanen nicht einmal aus den Fenstern ihrer eigenen Wohnungen heraus schauen durften und bei dem ein bediederer Gendarm aus Anarchistenfurcht wahnhaftig wurde, und ein „Jubiläumsschlager“ ist jetzt die Einweihung des Völkerschlachtdenkmals, bei der auch die „routinisierten Menschen“ auf ihre Köpfe kommen werden, dieser mit einem Titel, jener mit einem Orden und der dritte mit einem saftigen Profit in der Tasche.

Was sie aber alle eint die Jubiläumspatrioten von 1913, ist die stramm reaktionäre Gesinnung. Mit dem berühmtesten Geheimrat Schmalz, dem Friedrich Wilhelm III. das Knopfloch zierte, leugnen auch sie die anschlagende Rolle des Volkes in den Befreiungskriegen und mit dem Demagogengericht Kamph, dessen Gendarmieriefeder die Teilnehmer des Wartburgfestes feierlich verbrannten, möchten sie alle oppositionellen Elemente mit Stumpf und Tüfel ausgerottet sehen. Wenn damals die Gebekten der Demagogengogd, die unter der Weste das verpönte schwarz-rot-goldene Band trugen, beieinander saßen, dann brachten sie den „schuftigen Kamptz und Schmalzgeiellen“ ein ehrliches, ein kräftiges Verort! Heute aber — so stehen die Dinge auf dem Kopf! — begeistern sich dieselben Kamptz- und Schmalzgeiellen, die fäulischen Sachwalter jeder Reaktion, für die Leipziger Schlacht.

Wenn wir diesen Burichen auf die unsauberen Finger klopfen, handeln wir nur im Geiste jener Vorkämpfer von 1813, die sich in die Schanze schlugen für „Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt“.

## Das Massengrab bei Cardiff.

Die schwache Hoffnung, daß nach dem Ersticken des Brandes auf der Unglücksgrube bei Cardiff es gelingen würde, von den in den weitverzweigten Gängen der Grube eingeschlossenen Opfern noch eine Anzahl lebend zu bergen, ist zerschanden geworden. Der Brand in den Schächten ist von neuem so stark emporgesamt, daß die Arbeiten zur Rettung der eingeschlossenen in der Nacht zum Donnerstag eingestellt werden mußten. In der Grube befinden sich noch

### 375 Bergleute eingeschlossen.

Es ist kaum noch daran zu denken, daß auch nur einer von ihnen lebend das Tageslicht erblickt. Soweit nicht das Feuer die eingeschlossenen mordet, sorgen die dichten Rauchschwaden, die sich entwickeln, Gase dafür, daß das Innere der Grube zu einem der furchtbarsten Massengräber in der Geschichte des Bergbaues wird. Sind doch mit den bereits geborgenen Leichen insgesamt

### 451 Grubenarbeiter der Katastrophe zum Opfer gefallen.

Der Perfidismus der Bergarbeiterbevölkerung hat sich auch bei diesem entsetzlichen Drama auf das glänzendste bewährt. Von allen Seiten des Bergbaubezirkes in Süd-Wales eilten die freiwilligen Hilfskräfte herbei. Der Ruf: Eure Kameraden sind in Lebensgefahr! brachte sogleich Freiwillige an die Unglücksstätte, daß nur ein kleiner Teil zu den Rettungsarbeiten herangezogen werden konnte. Bergleute, die eben erst der brennenden Hölle entronnen waren, verlangten voll edler Kameradschaftlichkeit, daß ihnen gestattet würde, zur Rettung ihrer Arbeitsbrüder wieder in den Höllenschlund einzufahren zu dürfen.

Wie jammerdovoll nehmen sich neben diesen wahrhaften Helden die nationalstiftischen Schreihäule aus, die das Schwert im Munde führen, weil der Frieden die Menschen verweichliche und nur der blutige Krieg mutige Charaktere erzeuge. In allen Fällen noch, wo wahrhafter Heldennut sich zeigen mußte, um das Leben gefährdeter Mitmenschen zu retten, hat es nie an tatbereiten Charakteren gemangelt, an Helden, die ihr eigenes Dasein mutig aufs Spiel setzten, um den verzweifeltsten Frauen den Gatten, den jammernden Kindern den Vater zu erhalten.

So auch hier. Von den Segenswünschen der Menge begleitet, fuhren die Rettungsmannschaften in die Tiefe, ihre Arbeitsbrüder

dem Tode zu entreißen. Mehr als 100 Meter konnten die Rettungsmannschaften vom Boden des Schachtes aus nicht vordringen. Aber schon hier trafen sie auf Schwerverletzte und Leichen, die total verbrannt waren. Stundenlang war man rastlos dabei, des Feuers Herr zu werden. Schließlich gelang es, das Feuer an zwei Stellen zu löschen.

In der Nacht stiegen die Rettungsmannschaften, die sich unermüdlich einen Weg durch das Feuer und die eingefürzten Bergmassen gebahnt hatten, auf die ersten Arbeiter in der Sektion Lancaster. Sie fanden 18 Mann am Leben. Watts Morgan, der bekannte Bergarbeiterführer, der den ganzen Tag bei den Rettungsarbeiten mitgeholfen, kam mit dem ersten Fahrstuhl heraus und rief: „Evan Moore, und er ist am Leben, hurra!“ Die Menge, die vor der Grube wartete, stimmte in den Ruf ein. Frauen und Mädchen weinten vor Freude. Die Hoffnung war wieder in die Herzen aller eingezogen. Aber die aus der Grube geschafften Bergleute waren meist schlimmverletzt. Die Rettung fanden auch viele Tote. So wurde ein junger Bergmann, der sich schon fast erholt hatte, bei einem Haufen von 16 Toten gefunden. Nicht weit von dieser Gruppe fand man einen Mann und einen Knaben, die sich im Tode die Hände reichten. Und daneben sah ein toter Bergmann, der seine Kugel und seine Lampe unknüppelt hielt.

Und immer von neuem versuchten die Braven, dem Tode einen oder den anderen Genossen abzurufen. Trotzdem die Sachverständigen schon erklärt hatten, daß alle Mägen vergeblich seien, wurden nach heroischen Anstrengungen einer Rettungskolonnen noch 21 Mann lebend geborgen.

Jetzt ist das furchtbare Drama beendet. Mit den verzweifeltsten Frauen und Kindern der Dahingerafften beklagt die ganze Arbeiterbevölkerung Englands, die der ganzen Welt, den Verlust so vieler braver Genossen, die dem unerfülllichen Kapitalismus zum Opfer fielen.

Die Grube, die als Schlagweiteregrube bekannt ist, genießt unter den Bergarbeitern einen schlechten Ruf. Am 24. Mai 1901 fand dort eine Schlagweitereexplosion statt, die 83 Menschen das Leben kostete. Es heißt, daß viele Arbeiter am Abend vor dem jetzigen Unglück wegen des Vorhandenseins von schlagenden Wetterern nicht arbeiten konnten. Die Grube, die der Lewis Merthyr Consolidated Collieries Company gehört, beschäftigt 2200 Arbeiter, die in drei Schichten einfahren. Sie besteht aus zwei Teilen, die als die Sektion York und die Sektion Lancaster bekannt sind. Die Grube fördert etwa eine halbe Million Tonnen Kohle im Jahr. Die beiden Schächte gehen etwa 450 Meter tief in die Erde. Es ist der westliche Teil, die Sektion Lancaster, wo sich die Explosion ereignet hat.

## Irrungen und Wirrungen im Hause Hohenzollern.

Die sogen. Bessentfrage wächst sich immermehr zu einem die heutigen deutschen, besonders aber die preussischen Regierungszustände trefflich charakterisierenden satirischen Possenspiel aus. Fast könnte man auf den Verdacht kommen, unsere hohe Regierung und die Herren Alldutschen hätten sich die Aufgabe gestellt, durch ein wunderbares Quid pro quo-Spiel nicht nur selbst den Einflüchtigsten der monarchisch gesinnten preussischen „Untertanen“ die ganze Hohlheit der schönen Gottesgnadentums-Idee zu demonstrieren, sondern zugleich auch der Welt zu beweisen, daß Drenstiernas bekannter Ausspruch in bezug auf den Kulturstaat Preußen noch immer volle Gültigkeit hat.

Die in Nr. 270 des „Vorwärts“ mitgeteilte Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“, in welcher der von dem „Gann. Courier“ gegen den Kaiser erhobene Vorwurf, er treibe Hauspolitik energisch zurückgewiesen wurde, wird in der nationalliberalen und rekonserativen Presse recht ironisch behandelt. Das angegriffene Blatt, der „Gannov. Courier“, bezeichnet das schöne Dementi des Kanzlerblattes wegwertend als „Danke vom Hause Preußen“ und verwahrt sich gegen die Darstellung der „Nordd. Allg. Ztg.“, seine Kritik sei gegen die Person des Kaisers gerichtet. Zum Beweis dafür, daß sich der Herzog von Cumberland in Stunden noch immer als hannoverscher Landesvater fühle, erzählt der „Gannov. Courier“ folgende Sittorben:

„Der Herzog von Cumberland ließ nach einer gestrigen Meldung einem hannoverschen Ehepaar zur goldenen Hochzeit Geschenke überreichen. Das heißt, letzten Endes Funktionen ausüben, die einen landesväterlichen Eindruck machen sollen. Und das Rheinburger Messenblatt bringt die erstaunliche Mitteilung, daß ein welfischer Bäckermeister in Loccum ein Bild des Prinzen Ernst August und der Prinzessin Viktoria Luise mit eigenhändigen Unterschriften erhielt. Diese Tafelchen sprechen Bände. Sie illustrieren, mit welchem Recht sich die Regierung des Herrn v. Bethmann Hollweg auf das hohe Ross der „geleisteten Garantien“ schwingen darf.“

Auch die alldeutsche „Post“ des Freiherrn v. Redlich antwortet wenig respektvoll auf die offiziöse Erklärung des Kanzlerblattes. Sie meint:

„Wir möchten feststellen, daß die Zurückweisung daneben haut und nichts wie ein Luftschiff ist. Der Kaiser ist verfassungs-

nähig nicht verantwortlich. Verantwortlich für die Reichsregierung ist der Herr Reichskanzler und für die preussische Regierung das Ministerium, an dessen Spitze als Präsident der Reichskanzler steht. Der Vorwurf, den der „Hannoversche Courier“ gemacht hat, kann sich also nur gegen den einzig verantwortlichen Beamten im Reiche, den Reichskanzler, richten. Der Reichskanzler aber treibt mit dieser Erklärung das bedauerliche Spiel, das wir in der letzten Zeit nur zu oft haben bekämpfen müssen. Anstatt sich vor den Kaiser hinzustellen und die Verantwortung für die augenblickliche Regierungspolitik zu übernehmen, versteckt er sich hinter den Kaiser und versucht die an sich nur zu berechtigten Angriffe auf die augenblickliche Regierungspolitik dadurch abzuschwächen bezw. unmöglich zu machen, daß er überhaupt, sie richte sich gegen die Person des Kaisers. Die Person des Kaisers ist, soweit wir gesehen haben, nirgendwo in die Erörterung hineingezogen worden. Die Methode, die jetzt von so hoher Stelle angewandt wird, ist verwerflich. Sie handelt gegen die Verfassung und schädigt den monarchischen Gedanken.

Was den Inhalt des Vorwurfes anbetrifft, so bleibt für den, der mit der gesamten nationalen Öffentlichkeit der Meinung ist, daß sogenannte „Garantien“ überhaupt nicht vorhanden sind, und die staatsrechtliche Lage sich nicht im geringsten geändert hat, keine andere Erklärung übrig, als daß der verantwortliche Beamte tatsächlich mehr die Interessen des Hohenzollernschen Hauses als die des Reiches wahrnimmt.

Und in einem weiteren „Die welfischen Garantien“ überschriebenen Artikel der „Post“, der an die zitierte Mitteilung des „Hannov. Couriers“ über das Landesvertragspielen des Herzogs von Cumberland und seines Sohnes anknüpft, heißt es:

„Im Brusttone der Ueberzeugung wird uns von oben herab erklärt, das Haus des Cumberlander Herzogs mißbillige die welfische Agitation, sei jedenfalls für derartige Umtriebe nicht verantwortlich zu machen. Und nun? Jetzt erfährt man plötzlich, daß nicht etwa der Herzog, nein, der junge Prinz selber, die welfischen Parteigänger mit Gnadenbeweisen und Geschenken überhäuft. Das also sind die Garantien des Welfenhauses. So hält es sein Versprechen. Erkennt denn der Kanzler nicht den Hohn, mit dem ihn eine kleine selbstständige Partei, die beieinigermachen vernünftiger Politik so leicht zum Schweigen zu bringen wäre, ausgiebig überschüttet? Führt er nicht die Schläge, die ihm jene herzoglichen Gefolgsmänner gefolgschaft verabschiedet? Das aber sind die Folgen einer Politik, welche leichtfertig und feige die höchsten und heiligsten Güter einer ganzen Nation dynastischen Sonderinteressen zuliebe auf dem Altare des Vaterlandes opfert.“

Auch die alldeutsche „Rheinisch-Westf. Ztg.“ leistet sich einen scharfen Angriff auf die Regierung und ihren verantwortlichen Vertreter, den Reichskanzler. Sie schreibt unter Bezugnahme auf die oben erwähnte Notiz des Kanzlerblattes: Alle Regierungserklärungen können nicht die Latsche aus der Welt schaffen.

1. daß die Bundesratsbeschlüsse von 1885 und 1907, die auf Antrag der Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. zustande gekommen sind, die Verkeimung des braunschweigischen Thronens durch einen Welfenprinzen nur dann für zulässig erklärt, wenn alle Mitglieder des Welfenhauses für sich und ihre Nachkommen ihrer Ansprüche auf Hannover entsagen;

2. daß der Bundesratsbeschluss von 1907 auf Antrag des Kaisers Wilhelm II. gefaßt wurde, trotzdem damals der Prinz Ernst August (laut Angebot seines Vaters vom 15. Dezember 1906) für sich und seine Nachkommen auf Hannover Verzicht leisten wollte, wenn er auf den Thron Braunschweigs zugelassen würde

## Völkerkriechen und Klassenkämpfe.

II.

Aus dem politischen Nachlass eines demokratischen Deutschen.

Eine Nation nenne ich eine große Volkswaffe, die durch ihre freien Abgeordneten geschlichen Anteil an ihren öffentlichen Verhandlungen hat. . . Wir sind jetzt die Nation der Titel, des Adels, des Dienstzwanges, der Frönde, des Unsinns, der Dummheit, kurz die privilegierte Nation oder die Nation der Privilegien. — Keine Zeit fiel in die Schande meines Volkes. . . Die Bedingung der Vaterlandsliebe ist Freiheit und Gerechtigkeit. Von beiden ist in unseren europäischen Staaten nur das Minimum; die Vaterlandsliebe kann also leicht berechnet werden. Die Vaterlandsliebe der Privilegierten ist der hochende Grimm wilder Tiere, mit welchem sie über ihren Haub wachen. — Vernünftigerweise sollten alle Staatsbedürfnisse von unten auf gehen, d. h. die Bürger sollten die Magistraturen und die Krieger die Befehlshaber gesetzlich ernennen.

Summe, Apokryphen, zuerst gedruckt 1810, geschrieben 1806/07.

### Der Patriotismus der Junker.

Die alten Aristokraten, diese lieben nur sich und wollen den König als ersten Mitschand behalten. Der Staat gehe ihrer Absicht nach unter, aber die Gutsbesitzer bleibe. Sie bedienen sich der Franzosen als Mittel zum Kampf. Diesen liegt daran, und erbarntlich zu erhalten, und diese tadelt daher den König deshalb so laut, daß er das tue, was Napoleon im Königreich Westfalen und Herzogtum Warshaw als unerlässliche Bedingung jedes Staates verlangt hat. Es gibt nichts Verrückteres. Diese bilden förmlich eine Partei.

Tagebucheintragung Schöns vom 12. Dezember 1808. Aus den Papieren II. 69.

### Stein über die Fürsten und „unteren“ Stände.

Alle kleinen Fürsten haben aus Egoismus und Gefühl der Schwäche denselben Geist; ihnen kommt es nur an auf Erhaltung ihres winzigen Daseins, gleichgültig gegen das Schicksal des Vaterlandes; er wird man daher alle entweder vorläufig entfernen oder on einem sicheren Ort sammeln, unter strenge Aufsicht nehmen müssen, da man denn ihr Land in ihrem Namen verwalte, bis man imstande sein wird, eine dauerhafte Ordnung der Dinge zu berücksichtigen. . . So wird man die Verwaltungsbehörden, die Municipal- und Kommunalverfassungen umbilden, viele der öffentlichen Beamten unter Aufsicht nehmen, den Adel durch manche Reizmittel zu reinen Grundbesitzern zurückbringen und den guten Geist der unteren Stände durch Erweiterung ihrer Tätigkeit, durch Selohnungen usw. benutzen und nähren müssen.

Stein an die österreichischen Staatsmänner über die Ausichten einer englischen Landung in Norddeutschland, August 1809. Perg. Aus Steins Leben, I.

### Ein Charakterbild Friedrich Wilhelms III.

Von den Lieblingsneigungen des Königs stand, besonders in früheren Zeiten, die Vorliebe für militärische Beschäftigungen

und 3., daß heute der Cumberlander seine Ansprüche auf Hannover mit unermindelter Hartnäckigkeit aufrechterhält und der Prinz Ernst August entschieden einen Verzicht auf Hannover ablehnt, also die Garantien, die die Bundesräte und die Kaiser Wilhelm I. und Wilhelm II. 1885 und 1907 forderten, nicht im entferntesten erfüllt.

An die Aufrichtigkeit der obigen Erklärung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung kann man deshalb erst dann glauben, wenn der Reichskanzler folgende Frage mit ja zu beantworten vermag: Würde der Prinz Ernst August auf Grund seines Böhmen- und seines Briefes vom 20. April, also ohne Verzicht für sich und seine Nachkommen auf Hannover im Sinne der von den Kaisern Wilhelm I. und Wilhelm II. verlangten Bundesratsbeschlüsse, auf den Thron von Braunschweig zugelassen werden — wenn er nicht des Kaisers Tochter geheiratet hätte?

Der Reichskanzler wird sich hüten, auf diese thörichte Frage der „Rhein-Westf. Ztg.“ zu antworten; denn die Wichtigkeit der Darstellung des Staates läßt sich nicht bestreiten. Hätte der Prinz Ernst August nicht die Tochter des Kaisers geheiratet, wäre also nicht der letztere zum Schwiegervater des cumberlandischen Prinzen geworden, der ganze jetzige Streit über die braunschweigische Thronfolge wäre nicht entstanden, und die preussischen Regierungsblätter mit Einschluß der „Arenzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“ würden jeden für einen Vaterlandsfeind und Idioten erklären, der empfehlen würde, den Prinzen Ernst August von Cumberland als „angestammten Herrscher“ von Braunschweig anzuerkennen, auch wenn dieser den Verzicht auf Hannover verweigere.

Damit soll sicher nicht gesagt sein, daß die Auslieferung des braunschweigischen Herzogthums an den cumberlandischen Prinzen tatsächlich, wie gewisse alldeutsche Blätter behaupten, die innere Festigkeit und Sicherheit des Deutschen Reiches gefährdet und die deutsche Ehre bloßstellt. Wenn sonst die deutsche Einheit und Sicherheit nicht gefährdet ist, wird der Prinz Ernst August als Herzog von Braunschweig sie auch nicht gefährden; und den lieben Braunschweigern kann es wie nun einmal die Verhältnisse in ihrem kleineren engeren „Vaterlande“ liegen, auch ziemlich wurscht sein, ob sie vom Herzog Johann Albrecht von Medlenburg, einem überflüssigen preussischen Prinzen oder dem Prinzen Ernst August unter preussischer Aufsicht nach preussischem Rezept regiert werden. Was aber tatsächlich nicht nur uns Sozialdemokraten als Republikaner, sondern jeden vernünftigen Menschen verletzt das Deutsche Reich in der Bevölkerung aller Kulturländer bloßstellt, das ist die Art und Weise, wie die braunschweigische Thronfolgefrage in den sogenannten maßgebenden Kreisen behandelt wird. Das deutsche Volk wird nicht gefragt, auch nicht das braunschweigische; die ganze Sache ist eine reine Privatangelegenheit des Bundesrats und wird, wie die „Post“ mit Recht sagt, nach „dynastischen Sonderinteressen“ beurteilt und entschieden. Es ist gerade, als lebten wir noch in den Zeiten des nahesten Absolutismus, in einer Zeit, wo noch die Fürsten „ihre“ Länder als Haus- und Familiengut betrachteten und nach Belieben Land und Volk verschächerten — manchmal um ihren juwelenbedürftigen Mätressen dafür Beweismittel ihrer zärtlichen Zuneigung zu kaufen.

Um diese Verwirrung im Hause Hohenzollern vollzumachen, mißt sich obendrein auch noch der preussische Kronprinz in die Sache — und nimmt gegen seinen Schwager, in gewissem Sinne auch gegen seinen Vater, den Kaiser, Partei. Die von dem durch verschiedene anrüchliche Prozesse bekanntgewordenen Journalisten Dr. Liman redigierten „Leipziger Neuesten Nachrichten“ — der Kronprinz soll zu Herrn Liman enge Beziehungen unterhalten — wissen zu melden, daß der Kronprinz ein Schreiben an den Reichskanzler gerichtet hat, in dem er seine Auffassung von der braunschweigischen Thronfolge

niederlegt. Es wird darin betont, daß der Prinz Ernst August erst dann in Braunschweig einzutreten dürfe, wenn er vorher klipp und klar für sich und seine Nachfolger auf Hannover verzichtet habe; der Habueneid sei kein staatsrechtlicher Akt.

Man möchte diese Mitteilung für einen dem Hause Hohenzollern gezielten böshaften Streich halten, bestimmt, die Irrungen und Verwirrungen zu mehrern; aber jonderbarerweise bestätigt die „Nordd. Allgem. Ztg.“, daß der Kronprinz einen derartigen Brief an den Reichskanzler gerichtet hat und fügt — noch selbstamer — hinzu: „der Reichskanzler hat in seiner Antwort unter eingehender Schilderung des Sachverhalts die Gründe dargelegt, die für die Haltung der preussischen Regierung maßgebend sind.“

Diese Einmischung hat gerade noch gefehlt. Als Mitglied der Familie Hohenzollern hat der Kronprinz das Recht, im Familienkreise seine Meinung zu sagen und seinem Vater, soweit dieser ihm Gehör schenken will, Vorstellungen zu machen, aber wie kommt er dazu, sich in Regierungshandlungen zu mischen und quasi vom Reichskanzler Rechenschaft zu fordern.

Und der Reichskanzler läßt sich herbei, dem Kronprinzen eine lange Begründung seiner Haltung vorzulegen! Recht sonderbar! Etwas mehr Rückenstärke könnte dem Kanzler sicherlich nicht schaden. Er hätte sich ein Beispiel an Herrn Benezelos nehmen sollen. Aber, wie es scheint, vermögen deutsche Reichskanzler nicht jene Festigkeit und jenes Selbstbewußtsein aufzubringen, das man selbst bei den Ministern dort hinten auf der Balkenhalbinsel findet.

## Die preussischen Städte und das Selbstverwaltungsrecht.

II.

Der Wohnungsgesetzentwurf, mit dem sich der Städte- und Provinzialtag an zweiter Stelle beschäftigt hat, ist von uns bereits sofort nach seiner Veröffentlichung einer eingehenden Kritik unterzogen, wir haben insbesondere nachgewiesen, daß es sich dabei im wesentlichen um ein Polizeigesetz handelt, durch das der Ansehen erweckt werden soll, als ob etwas geschieht, während im großen ganzen alles beim alten bleiben dürfte. Auf den gleichen Standpunkt hat sich der preussische Städte- und Provinzialtag gestellt. Die Referenten und alle Diskussionsredner waren sich darin einig, daß der Entwurf nur einzelne Ausschnitte der Wohnungsfrage behandelt, und zwar gerade diejenigen Ausschnitte, die in das Tätigkeitsgebiet der Gemeinden fallen, während die wichtigsten Teilaufgaben der Wohnungsfrage dem Zugriff der Gemeinden entzogen sind. Als ein Fehlgang wurde es bezeichnet, daß die Regierung bestrebt ist, die Selbstverwaltung durch staatspolizeiliche Zuständigkeit zu ersetzen oder einzuengen, und nachdrücklich wurde verlangt, daß die Gemeinden in der Erfüllung ihrer eigenen Aufgabe nur der allgemeinen Staatsaufsicht unterworfen werden dürfen. Insofern können wir uns die Kritik des Städte- und Provinzialtages in vollem Umfang zu eigen machen. Wenn aber weiter auf die finanzielle Belastung der Gemeinden durch die Fürsorge für das Wohnungswesen hingewiesen wird, so darf das kein Grund sein, eine gesetzgeberische Maßnahme zu verwerfen. Würde der Entwurf der preussischen Regierung wirklich eine Besserung der Wohnungsverhältnisse herbeizuführen geeignet sein, dann dürfte die finanzielle Belastung kein Hindernis gegen sein Zustandekommen bilden, denn die Wohnungsfrage ist von solcher Bedeutung für unser gesamtes Kulturleben, und die Schaffung gesunder und preiswerter Wohnungen ist so notwendig für die Hebung der Arbeiterklasse, daß man vor den Lasten nicht zurückschrecken darf. Für einen solchen Zweck

allen durch die Zeit abgerungenen früheren Günstbezeugungen dem General Horl niemals diesen Schritt verzeihen.

Hohen, Erinnerungen, II. 300, 313.

### Man rechnet mit einer Revolution.

Wenn der König noch länger zaudert, die ihm von seinen Unterthanen nach dem Willen der Nation zur Verfügung gestellten Mittel anzuwenden oder auch nur die Anstrengungen Rußlands zur Herstellung der Monarchie zu unterstützen, so halte ich eine Revolution für unausbleiblich, und wahrscheinlich wird dann die Armee mit ihrem Beispiel vorangehen und das Signal geben. Bericht des englischen Agenten Ompteda an seine Regierung, Ende Febr. 1813. Nachlass IV, 25.

Die Geister sind in einer Wäzung, die schwer zu beschreiben ist. General Scharnhorst übt unbegrenzten Einfluß. Die Militärs und die Häupter der Sekten haben sich unter der Maske des Patriotismus der Fühel der Regierung vollständig bemächtigt; der Kanzler wird vom Strom fortgerissen. Bericht des österreichischen Generals an den Kaiser, Ende Febr. 1813.

### Die königlichen Proklamationen vom 17. März.

In einer der Proklamationen vom 17. war offen ausgesprochen, daß der angekündigte Krieg kein gewöhnlicher sei, daß alles auf dem Spiel stehe, und daß alles gewagt werden müsse. Als Preis unerhörter Anstrengungen ward im Namen des Königs allen Ständen Freiheit und Berechtigung, in Staatsangelegenheiten eine Stimme zu haben, verheißen, und die königliche Familie selbst versprach alle bevorstehenden Gefahren zu teilen. Schloffer, Geschichte des 18. Jahrhunderts, VII, 2, 877, 8.

### Liberaler Märzillusion von 1813.

Wir schlagen Sturm auf allen Straßen, Wir ließen Vortruppen losen. — Der Bürger trieb sich ruhig fort, Was hat ihm nun den Mut entzündet? Ihn ward ein einziges Mal verkündet, Und Friedrich Wilhelm sprach das Wort

„Die will ich meine Rettung danken, Ob auch verzagte Seelen schwanken, Dir, treues Volk, nur die allein! Ihr alle sollt mir Ritter heißen, Ich schänd' Euch mit dem Kreuz von Eisen; Auf in die blut'ge Schlacht hinein.“

So hat kein König noch gesprochen; Die alten Ketten sind gebrochen, Ihr Freiheit wendet Euren Blick! Wir konnten Herren nur und Knechte, Denn gab die unterjochten Rechte Ein König seinem Volk zurück! Aus Friedrich Höpfers Gedicht: Des Königs Ausruf „An mein Volk“ (17. 3. 1813).

obenan, doch allein nur aus dem Gesichtspunkt des Friedensbezweckens und der Uniformen, nicht aus dem der Ausbildung zum Kriege. . . Dabei war seine eigene Wahl zu Befehlshabernstellen in der Regel nicht vorteilhaft, indem er größtenteils diejenigen, die auf dem Exerzierplatz seine Zufriedenheit erworben hatten, dem wirtlichen Feldsoldaten oder dem geistig kräftigen Menschen vorzog. Diese letzteren sogar häufig ungerath behandelt. Die Viehhaberei des Königs in Hinsicht der Uniformen und des Anzuges war groß und seine Ansichten hierin einem ewigen, größtenteils durch Kleinigkeiten herbeigeführten Wechsel unterworfen. . . Hohen, Erinnerungen, II. 15—21.

Ich kann Ihre Bedenklichkeit nicht tadeln und kann nicht leugnen, daß eine gewisse Unentschlossenheit im Charakter des Königs Bejorgnis erregen muß. . . Er ist von der Rottenbigkeit des Systems, welches jetzt verfolgt wird, ganz überzeugt. . . Klein ich sehe Ihnen doch nicht dafür, daß der König uns nicht einmal eines Tages alle fortjagt. Gneisenau zu Ompteda, Sept. 1807. Perg. Gneisenau, II. 184, 5.

### Volkstriebswünsche und deutsche Gesinnungen Blüchers.

Mich juckt in allen Fingern, den jüdel zu ergreifen. . . Ich will wiederum die Peit zu thun wass ich schon anno 9 angerathen; nehmlich die ganze Nation zu den Waffen aufzurufen und was die Fürsten nicht wollen und sich dem entgegensetzen sie samt dem Vonnaparte wegh zu jagen; Denn nich nuhr Preußen allein sondern das ganze Deutsche Vaterland muß widerum Herrausgebracht und die Nation hergestelt werden. Blücher an Scharnhorst aus Stunzendorf, 5. Januar 1813.

### Unentschlossenheit des Königs.

Scharnhorst teilte mir dagegen die mir noch fremden neueren Nachrichten aus dem Vaterlande mit, die leider nur einseitig gut zu nennen waren. Denn wenn man von der Stimmung des Volkes und des Heeres nichts als Lobenswertes sagen konnte, so war die Unentschlossenheit des Königs, bearbeitet durch jene, die ich früher als Maulwürfe bezeichnete, doch so groß, daß man nicht allein ein trauriges Festhalten an der französischen Partei, sondern dadurch auch einen sehr besorglichen Konflikt mit der ganz entgegengekehrt ausgesprochenen öffentlichen Meinung ernstlich befürchten konnte. Hohen, Erinnerungen, II. 303.

Horl und seine Konvention waren und blieben dem König ein Geuel. Der König war bei der ersten Nachricht über dieses Ereignis in dem höchsten Grade aufgebracht über Horl gewesen; die unbesohlene Entsetzung und die Unterjochung über des Venechen des Generals war nicht allein eine zur Bewusstmachung Napoleons getroffene Maßregel, sondern bei dem Könige voller Ernst, dessen Jörn in jenem Augenblick nicht verstand war. Der König, der bei seiner Art zu denken und zu handeln auch selbst bei Handlungen geistiger Tätigkeit mechanischen Gehorsam verlangte und sich niemals auf die Gründe und Folgen einer Handlung, auf die Beurteilung der Verschiedenheit der Verhältnisse einließ, sah auf einem derartigen Standpunkt nichts als eine direkte Aufhebung des Generals Horl gegen sein Ansehen. . . Der König hat trotz

müssen in einem Kulturstaat Mittel vorhanden sein, wenn anders er auf den Namen eines Kulturstaates Anspruch erheben will.

Großen Nachdruck hat der Städtetag auf den Ausbau der Wohnungsaufsicht gelegt. In demselben Sinne hatte sich bereits der Städtetag vom Jahre 1904 ausgesprochen, aber leider ist die Einführung einer Wohnungsaufsicht in preussischen Gemeinden bisher nur ganz vereinzelt zu verzeichnen. In dieser Hinsicht haben die Städte fast völlig verlagert, und wir sind deshalb mit dem Städtetag für eine baldige gesetzliche Regelung zur Verbesserung der rechtlichen Grundlagen. Aber die gesetzliche Regelung darf nicht in der Richtung einer Beschränkung des Selbstverwaltungsrechts erfolgen, wie es der Gesetzentwurf der Regierung beabsichtigt. Das Gesetz hat die Grundlagen zu einer erfolgreichen Wohnungsaufsicht zu schaffen, die Ausführung muß den Gemeinden überlassen bleiben.

Dass die Sozialdemokratie nicht mit allen einzelnen Forderungen des Städtetages einverstanden ist, bedarf keiner besonderen Betonung. Es wird wohl kaum ein Mitglied des Städtetages geben, das nicht an diesem oder jenem Punkte der recht umfangreichen Entschliessungen Ausstellungen zu machen hat. So hätten wir insbesondere gewünscht, daß der Städtetag sich für eine Beseitigung des Hausbesitzerprivilegs ausgesprochen hätte, das dem Zustandekommen von kommunalen Wohnungsreformen große Hindernisse bereitet, und ebenso wenig hätte es etwas geschadet, wenn der Städtetag offen eingestanden hätte, daß nicht nur die Regierung, sondern auch die Städte selbst auf dem Gebiete des Wohnungswesens ihre Pflicht bisher nicht erfüllt haben. Aber wir wollen in dem Moment, wo zum ersten Male Vertreter der Städte ohne Unterschied der Parteirichtung sich aufrufen zu einem gemeinsamen Protest gegen die mehr und mehr überhandnehmende Bureaucratie und Reaktion nicht mit den Sünden der Vergangenheit rechnen. Wir betrachten es als ein Zeichen fortschreitender Erkenntnis, daß die Vertreter der Städte, die bisher unter dem Einfluß des hausagratischen Elements nichts zur Beseitigung des Wohnungswesens getan haben, endlich zu der Einsicht gekommen sind, daß sie nicht länger untätig die Hände in den Schoß legen dürfen. Wie auf allen Gebieten, so bricht sich auch hier der soziale Gedanke allmählich Bahn. Die Sozialdemokratie in den Gemeindevertretungen hat es verstanden, die Bourgeoisie von dem Grundsatze des laissez faire laissons aller abzubringen und sie zu sozialen Anschauungen zu bekehren, und das soll uns ermuntern, in diesem Streben fortzufahren und durch unermüdete Kritik auch die zurückgebliebensten unserer Gegner an ihre Pflichten zu erinnern.

Die Kritik des Städtetages an dem Gesetzentwurf war scharf, aber sie war berechtigt, und sollte wirklich die von einer Seite ausgesprochene Befürchtung, daß infolge der scharfen Kritik der ganze Entwurf scheitert, in Erfüllung gehen, so wird die Befürchtung davon keinen Schaden haben. Wir würden diesem Entwurf keine Träne nachweinen, im Gegenteil, kommt das Wohnungsgesetz für Preußen nicht zustande, dann ist die Bahn frei für ein Reichswohnungsgesetz, und ein solches Gesetz sozial auszugestalten und auf die wirklichen Bedürfnisse des Volkes auszurichten, ist im Reichstage eher möglich, als in dem von Junkern und Pfaffen beherrschten preussischen Landtage.

## Politische Uebersicht.

### Beginn der Reichstagsarbeit.

Der Reichstag wird seine Arbeiten am 20. November, nachmittags 2 Uhr, wieder aufnehmen. Der Präsident macht von seiner Befugnis, die erste Sitzung auf einen spätern Termin anzusetzen, keinen Gebrauch. Bürgerliche Blätter wußten zu berichten, daß der Reichstag seine Arbeiten erst am 25. November wieder aufnimmt; diese Meldung ist falsch. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen wie üblich, Petitionen, dann folgt die Beratung der in Aussicht stehenden Interpellationen. In den ersten Tagen des Dezembers findet dann die erste Lesung des vom Reichschahamit bereits fertiggestellten Etats statt. Auch die Budgetkommission wird mit ihren Arbeiten sofort beginnen können, denn sie hat noch verschiedene Punkte aus dem verflochtenen Sessionsabschnitt aufzuarbeiten, darunter die Vorlage über das Erbrecht des Staates.

### Kruppzeug.

Der Junge v. Meyen, der in dem bevorstehenden Krupp-Prozess ein wichtiger Belastungszeuge gegen eine Anzahl Krupp-Direktoren sein dürfte, motivierte seine Flucht an die Öffentlichkeit wiederholt mit der perfiden Hege, deren Opfer er geworden sein wollte. Wie auch noch nach seinen Enthüllungen gegen diesen Jungen geht, beweist folgende Demunziation:

Für Herrn Liebknecht bedeutet dieser Prozess (gegen den Zeugnisbeweisende) eine Unterstreichung seiner ersten Niederlage (1) und daß man das auch in den Kreisen der Sozialdemokratie empfindet, geht daraus hervor, daß der „Vorwärts“ jetzt einen Mitarbeiter zu dem vielgenannten Herrn v. Meyen geschickt hat. Der hat sich denn auch nicht lange bitten lassen und ein paar nette Kleinigkeiten ausgepackt... Dem Genossen einen Einblick in seine Korrespondenz zu geben, lebte Herr v. Meyen ab."

Die Fehler des Krupp-Panamas suchen also den ihnen begreiflicherweise höchst unangenehmen Jungen Meyen dadurch an gewissen Stellen zu diskreditieren, daß sie ihn in eine Verbindung mit dem „Vorwärts“ bringen. Demgegenüber stellen wir hiermit fest, daß es dem „Vorwärts“ gar nicht eingefallen ist, einen „Mitarbeiter“ zu Herrn v. Meyen zu schicken. Der Journalist, dem Herr v. Meyen seine Mitteilungen gemacht hat, ist weder ein Mitarbeiter des „Vorwärts“, noch steht er mit dem „Vorwärts“ oder der sozialdemokratischen Partei in irgendwelcher Verbindung. Der „Vorwärts“ hat lediglich einen Korrespondenzartikel abgedruckt, der ihm nur ebenso zur Verfügung gestellt worden war, wie einer ganzen Anzahl bürgerlicher Blätter bis zur schwärzesten und bläuesten Schattierung. Nur haben sich diese Blätter um die Wiedergabe herumgedrückt.

Um aber allen Spiegelschreibern und neuen Demunziationsversuchen von vornherein die Spitze abzubrechen, erklären wir weiter, daß der betreffende Journalist Herrn v. Meyen auch ohne Auftrag und ohne Wissen des „Vorwärts“ aufgelockert hat, und daß der „Vorwärts“ niemals, sei es direkt oder indirekt, irgend einen Versuch unternommen hat, mit Herrn v. Meyen, der ihm gänzlich unbekannt ist, in Verbindung zu treten.

Mag das Kruppzeug nur fortfahren, sich im Rosenthaler-Schießplatz zu verhalten!

### Um Webers Nachfolgerschaft im Reichstag.

Am heutigen Freitag wird im ersten Hamburger Reichstagswahlkreis der Kampf um das Mandat ausgetragen, das Webers dreißig Jahre innegehabt hat. Die vier bürgerlichen Kandidaten, die unserem Genossen Stolten den Sieg streitig machen, haben

sich in den letzten Wählerversammlungen hauptsächlich untereinander bekämpft. Es ist dabei viel unfeindlicher Humor produziert worden. Gegen die Sozialdemokratie hat man mehr in Flugblättern agitiert. Das schäblichste stammt von dem gelben Hefenarbeiterverein, der die Hefenarbeiter auffordert, unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie zu stimmen und ihnen nur die Wahl unter den bürgerlichen Kandidaten freizustellen. Von unseren Genossen ist dafür ein besonders für Hefenarbeiter bestimmtes Flugblatt im und am Hafen verbreitet worden. Am Vorabend der Wahl fanden noch drei von unserer Partei einberufene Versammlungen statt, in denen die Genossen Krause, Berner und Schumburg über das Thema „Warum müssen wir siegen?“ referierten und Genosse Stolten anfeuernde Ansprachen an die Wähler richtete.

Geißlos blamiert hat sich das liberale „Freundenblatt“. Seine Redaktion hat eine Bilderbeilage mit den Porträts der drei Kandidaten Stolten, Dr. Peterlen und Dr. Rode bruden lassen. Als der Verleger Broschel das Bilderblatt zu Gesicht bekam, ließ er die ganze Auflage mit Beschlag belegen und in den Keller schaffen. Am gleichen Abend pries der liberale Kandidat die Geißesfreiheit der fortschrittlichen Presse!

### Kolonialbahnen.

Die oft zu offiziellen Mitteilungen benutzten Schweinburgschen Berliner Politischen Nachrichten\* entwickeln recht ausschweifende Pläne für neue Kolonial-Eisenbahnbauten:

Dr. Solf hat in Kamerun den beschleunigten Ausbau der Mittelbahn von Uda ostwärts nach dem schiffbaren Kongofluß als eine Notwendigkeit bezeichnet, damit den Pflanzern in Südkamerun eine bessere Möglichkeit des Abtransportes ihrer Produkte geschaffen würde. Ueber die Verlängerung der Kameruner Nordbahn, die bis jetzt das Rautengubagebirge erreicht hat, deren Weiterführung aber auf große Geländehemmnisse gestoßen ist, verläutet nichts Positives. In Togo sieht die Verlängerung der Hinterlandbahn über Atapame nach Sokode, Bassari und Tschopowa am Disfluß auf der Tagesordnung. In Südwest soll die Ambohländebahn zur Erschließung des volkreichen Ambohländes gebaut werden, und man hofft, durch diese Bahnlinie auch dem Arbeitermangel in Südwest abhelfen zu können. Ferner steht dort eine Abzweigung der Nord-Südbahn von Windhuk ostwärts nach Gobabis zur Diskussion. In Ostafrika, wo die Fortsetzung der Zentralbahn über Tabora hinaus zu Anfang des Jahres 1914 den Tanganjikassee bei Kigoma erreichen wird, propagiert der Gouverneur Dr. Schnee das Projekt einer Bahnlinie nach den dichtbevölkerten Hochländern von Urundi und Uanda. Die Bahn soll von Tabora nordwestlich abzuweichen und zum Anie des schiffbaren Rogerakusses geführt werden. Die Kosten werden auf 58 Millionen Mark veranschlagt. Betrachtet man, so bemerkt die Schweinburgsche Korrespondenz\* zum Schluß, alle die Eisenbahnpläne in ihrer Gesamtheit und vor allen Dingen ihre Kosten, so wird man wohl zu dem Ergebnis gelangen müssen, daß der Ausführung aller der in den engeren Kreis der Erwägung gezogenen Bahnlösungen, besonders was die Geldfrage betrifft, noch mancherlei Hindernisse im Wege stehen werden, und das um so mehr, als ja auch die Kautschukinteressen und die durch den Rückgang der Kautschukpreise schwer zu kämpfen haben, mit besonderen pekuniären Wünschen an das Reich herangetreten sind."

### Kolonialinstitut oder Uebersee-Universität?

Der Kampf um die vom Hamburger Senat vorgeschlagene Universität, die unter Verzicht auf theologische und medizinische Fakultäten akademische Vorbildung hauptsächlich für die Tätigkeit in den Kolonien und den Interessensphären des deutschen Ueberseehandels vermitteln soll, kam auch in der Mittwochsitzung der Väterversammlung noch nicht zur Entscheidung. Zwei lautmännliche Senatoren, Strandes und Heidmann, setzten sich mit ganzer Kraft für das Universitätsprojekt ein. Der erstere, indem er als Kenner der deutschen Kolonien betonte, daß Deutschland aus seinem Kolonialbesitz nur Nutzen ziehen werde, wenn es wissenschaftlich gebildete Landwirte, Kaufleute, Beamte hinübersende; in England fürchte man die deutschen Schulen mehr als die deutschen Kriegsschiffe. Senator Heidmann wies auf die wachsenden Anforderungen im wirtschaftlichen Bereich hin und prophezeite, die Zeit werde kommen, wo man vom einfachsten Arbeiter eine höhere Schulbildung verlangen müsse. Die hamburgische Universität würde für ganz Deutschland von höchster Bedeutung sein; sie werde aber auch viele Ausländer heranziehen und auch das sei erstrebenswert. Die Universität werde helfen, den Rassen- und Klassenhaß, die verwerfliche Zwitterart unter den Völkern auszurotten. So lange man im Kaufmann nur den Kaffeelad, im Arbeiterführer nur den Werksführer sehe, komme man nicht weiter. Führer mit neuen Idealen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens müßten herangebildet werden. Das sei die Hauptaufgabe der neuen Universität!

Unser Genosse Krause, der den ablehnenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion zu vertreten hatte, erklärte, daß man die Worte des Senators vollkommen unterschreiben und doch zu der Ueberzeugung kommen könne, daß die Universität in der vorgeschlagenen Gestalt zu verwerfen sei. Die Sozialdemokratie, die stets für die Hebung der Volksbildung eingetreten sei und Pionierarbeit darin leiste, lehne natürlich die Universität nicht schlechthin ab, sondern nur, weil sie zuvor den richtigen Unterbau durch Hebung des Volksschulwesens schaffen wolle. Wegfall der Ständeschule, Einführung der Einheitschule, höhere Vorbildung für Volksschullehrer, das sei die Bedingung, unter der allein die Sozialdemokratie der Senatsvorlage zustimmen könne. Durch die in Aussicht gestellten Vortragskurse für Arbeiter werde die Arbeiterpartei sich nicht lockern lassen. Das jetzige öffentliche Vorlesungswesen biete davon schon genug und könne noch weiter ausgebaut werden. In Ausschussberatungen, die darauf und auf den Ausbau des Kolonialinstituts hingen, würden wir uns gern beteiligen.

Die weitere Beratung brachte in pikantester Aufeinanderfolge zwei Reden, von denen die eine der jungliberale Redakteur Karl Wöndeborg für die Universität hielt, während die andere von seinem ergreifendsten Onkel Dr. Wöndeborg dagegen gehalten wurde. Der Wette wandte sich gegen die „entscheidende“ Rüsterei, die man immer für Hamburg als einzig angemessen ansehe; die großen Kaufleute, die Hamburg zum Welthandelsplatz gemacht, seien wahrhaftig keine solchen Rüstereisinnstücker, sondern kühne Eroberer gewesen. Der Onkel dagegen warnte vor solchem Uebersehung, sollte die Gefahr der Vermehrung des gebildeten Proletariats für den Bestand der heutigen Gesellschaftsordnung aus und zitierte als Beweis für diese Gefahr eine Rede von August Vebel. Seine distanteren Prophezeiungen für die hamburgischen Staatsfinanzen riefen dann in späterer Nachstunde nach den Finanzsenator Dr. Diesel auf den Plan, der an die Zollanschlußdebatten von 1881 erinnerte, bei denen auch der Untergang Hamburgs als unausbleibliche Folge des Anschlusses an das deutsche Zollgebiet vorausgesagt worden sei. So wie diese Voraussage sich nicht erfüllt hätte, würden sich auch die Befürchtungen, die jetzt vor dem „geistigen Zollanschluß“ laut werden, als falsch erweisen. Es ist noch ein Vermittlungsvorschlag von Dr. Burckhard, dem Sohn des verstorbenen Bürgermeisters, eingegangen, um den erst am nächsten Mittwoch der Meinungsstreit entbrennen wird.

## Maßregelung französischer Generale.

Paris, 16. Oktober. Mehrere Blättern zufolge stellt der Generalstabschef Joffre in seinem Bericht über die Herbstmanöver den Antrag, drei Korpskommandeure, nämlich die Generale Faurie vom 16. Korps in Montpellier, Blagnol vom 17. Korps in Toulouse und Courbebaisse vom 14. Korps in Lyon, sowie die Generale Alba und Besset wegen ihrer bei den Manövern zutage getretenen Ungeschicklichkeiten ihrer Stellungen zu entheben. Es heißt, der oberste Kriegsrat habe diesen Anträgen zugestimmt. Gegen die Generale wird der Vorwurf erhoben, daß sie die Generalstabsarbeiten nicht richtig gelesen und infolgedessen nicht gewußt hätten, wo ihre Truppen ständen, und daß sie nicht rechtzeitig den Intendantur- und Probiantdienst verständigt hätten.

### Ein Protest.

Paris, 16. Oktober. Von radikalen Blättern wurde bereits vor einigen Tagen behauptet, daß die geplanten Maßnahmen durch den reaktionären Generalstabschef Stellvertreter de Castelnau veranlaßt worden seien, der mehrere republikanisch gesinnte Generale aus der Armee drängen wolle.

In dieser Hinsicht ist ein von General Faurie an den Kriegsminister gerichtetes offenes Schreiben bemerkenswert, in dem es heißt: General Joffre hat über meine Haltung bei den Manövern einen Bericht erstattet, auf den ich bereits eingehend erwidert habe. Ich habe in unbestreitbarer Weise gezeigt, daß die mir zugeschriebenen Fehler einzig und allein von dem Befehlshaber der roten Armee General Chomer bezogen worden sind. General Joffre hat in seinem Bericht ferner behauptet, daß das von mir befehligte 16. Armeekorps keine Disziplin besitze. Ich erwiderte, daß der Kriegsminister mich zu der Disziplin dieses Armeekorps beglückwünscht habe und daß mir General Chomer bei seiner letzten Besichtigungseinsicht erklarte, er sei überzeugt, daß mein Armeekorps sich ebenso gut halten werde wie irgend ein anderes. Schon am 10. September kam ein ehemaliger Kriegsminister zu mir und teilte mir mit, daß ich auf der Hut sein möge, da man mir hohen Orts nicht geneigt sei. Am letzten Tage vor dem Manöver gab man mir einen Generalstabschef, der von seinem Dienst nicht die geringste Ahnung hatte. Das Ziel war klar. Man wollte einen republikanischen General ins Verderben stürzen.

General Faurie erhebt auch scharfen Einspruch gegen die Maßregelung des ihm unterstellten General Besset und schließt mit den Worten: Ich werde diesen Stand und diese Armee verlassen, welcher ich schon vor 43 Jahren auf den Schlachtfeldern von 1870 gedient habe, und so eine Laufbahn abbrechen, die wohl ohne großen Glanz, aber doch von einigem Nutzen war.

### Die Beschlüsse des Ministerrats.

Paris, 16. Oktober. Der Ministerrat hat die Eröffnung der Kammern auf den 4. November festgesetzt.

General Faurie, kommandierender General des sechszehnten Armeekorps, ist wegen seines Briefes, den er an den Kriegsminister gerichtet hat, von seiner Stellung entbunden worden. Es wird eine Untersuchung wegen Verstößen gegen die Disziplin gegen ihn eingeleitet werden. Der Divisionsgeneral und Gouverneur von Lyon Courbebaisse, kommandierender General des 14. Armeekorps, ist verabschiedet, der Divisionsgeneral und kommandierende General des 17. Armeekorps Blagnol auf sein Verlangen hin zur Disposition gestellt worden, ebenso General Besset, Kommandeur der 31. Division. Brigadegeneral Alba wurde zur Disposition gestellt, die Obersten Saint Etienne und Escudier auf ihr Verlangen hin verabschiedet. General Pourtaier-Duteil, kommandierender General des 8. Armeekorps, ist zum kommandierenden General des 14. Armeekorps ernannt worden, General Poline, Kommandeur der 11. Division des 20. Armeekorps, zum kommandierenden General des 17. Armeekorps, General Taverna, Kommandeur der 25. Division, zum kommandierenden General des 8. Armeekorps, General Alig, Befehlshaber der Truppen in Westmarokko, zum kommandierenden General des 16. Armeekorps.

### Die Balkanfragen.

#### Einstellung des serbischen Vornarrsches.

Belgrad, 16. Oktober. Ein gestern abend veröffentlichtes Communiqué der Regierung besagt, daß die serbische Armee Befehl erhalten habe, nicht weiter nach Albanien vorzudringen. Die serbischen Truppen würden in den eingenommenen Stellungen bis zur endgültigen Lösung der Grenzfrage verbleiben. Die Truppen hätten Befehl erhalten, sich bei eventuellen neuen albanesischen Angriffen auf die Verteidigung zu beschränken.

#### Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

Athen, 16. Oktober. Die „Agence d'Athènes“ meldet: In der gestrigen Konferenz der türkischen und griechischen Delegierten wurden die Einleitung und sechs Artikel des Vorwurfs von Reschid Bey beraten. Die Delegierten gelangten bezüglich fast sämtlicher Punkte zu einem Einvernehmen.

## Letzte Nachrichten.

### Griechischer Boykott bulgarischer Waren.

Sofia, 16. Oktober. (Meldung des Wiener I. I. Tel.-Korrespondenz-Bureaus.) Die Getreideexporteure in Warna sind benachrichtigt worden, daß sie nach Griechenland keine Ware ausführen sollen, da die Griechen beschlossen hätten, weder bulgarische Schiffe in griechische Häfen einfahren zu lassen, noch Waren bulgarischer Herkunft anzunehmen.

### Die Opiumpest in Paris.

Paris, 16. Oktober. (P. G.) Die Polizei hat verschiedene Opium- und Morphiumhändler, darunter auch zwei Deutsche namens Fuchs und Robert Deber, verhaftet. Auch von den Dokumenten ist eine ganze Anzahl beschlagnahmt worden. In den Verhafteten zählen auch einige Frauen und nicht weniger als zwölft minderjährige Mädchen.

### Eine zeitgemäße Forderung der Seelente.

London, 16. Oktober. (W. T. W.) Eine Versammlung der Nationalen Matrosen- und Heizer-Union hat einstimmig beschlossen, auf Frachtdampfern für große Fahrt nach dem 1. Mai nicht mehr anzuhöhen, wenn sie nicht mit einer leistungsfähigen Einrichtung für drahtlose Telegraphie versehen sind.

### Keine Aussperrung in der englischen Baumwollindustrie.

Manchester, 16. Oktober. (W. T. W.) Der Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitern in der Baumwollindustrie, der zu einer Aussperrung zu führen drohte, ist heute beigelegt worden.

# A. Wertheim heute billige Lebensmittel

- |  |  |   |   |  |
|--|--|---|---|--|
| Ochsenfleisch . . . Pfd. 95 Pf.                  | Koch- und Backbutter Pfd. 1.10, 1.20     | Zusendung ausgeschlossen.                 | Grosse Kochbirnen . . . 2 Pfd. 25 Pf.     | Schwarzwurzeln . . . . . Pfd. 18 Pf.       |
| Fileti. Ganz., unausgeschält Pfd. 1.00           | Tischbutter . . . . . Pfd. 1.28          | Kabeljau o. Kopf i. ganz. Fisch. 18 Pf.   | Riesenblanchbirnen . . . Pfd. 15 Pf.      | Fettbücklinge . . . . . 3 Stück 20 Pf.     |
| Ochsenbrust, Fahlrippe . Pfd. 85 Pf.             | Tafelbutter Pfd. 1.36, 1/2 Pfd. 68 Pf.   | Seelachs o. Kopf i. ganz. Fisch. 18 Pf.   | Ess- und Kochäpfel . . . 2 Pfd. 25 Pf.    | Hieler Schleibücklinge 2 Stück 10 Pf.      |
| Kamm Pfd. 80, Querrippe Pfd. 75 Pf.              | Tafelschmalz . . . . . Pfd. 68 Pf.       | Schellfisch . . . . . Pfd. 20 Pf.         | Tiroler Äpfel . . . . . Pfd. 13 Pf.       | Makrelen-Bücklinge . . . Stück 12 Pf.      |
| Frisch. Schinken i. Ganz. Pfd. 85 Pf.            | Marmelade, leicht gefärbt Pfd. 33 Pf.    | Goldbarsch . . . . . Pfd. 15 Pf.          | Rote Hasenköpfe . . . . . Pfd. 20 Pf.     | Goldfische . . . . . Stück 12 Pf.          |
| Schweinekoteletts . . . . . Pfd. 1.00            | Pflaumenmus . . . . . Pfd. 25 Pf.        | Bratschollen Pfd. 14, grosse 30 Pf.       | Amerikaner Äpfel . . . Pfd. 25, 35 Pf.    | Grosse Nordseeschollen . Pfd. 55 Pf.       |
| Schweinekamm u. Schuft Pfd. 90 Pf.               | Echt Emmenthaler . . . . . Pfd. 1.10     | Heilbutt . . . . . Pfd. 40 Pf.            | Weintrauben . . . . . Pfd. 17, 25 Pf.     | Ger. Aale Pfd. 1.05 u. 1.40, Bund 38 Pf.   |
| Rückenfett Pfd. 70, Liesen Pfd. 80 Pf.           | Bayr. Schweizerkäse . . . Pfd. 88 Pf.    | Frische Zander . . . . . Pfd. 68 Pf.      | Almeria-Trauben . . . . . Pfd. 35 Pf.     | Lachsstör . . . . . Pfd. 68 Pf.            |
| Pökelzunge Pfd. 1.25, -Kamm 85 Pf.               | Holländer Käse . . . . . Pfd. 75 Pf.     | Tafellachs in ganz. Fisch. Pfd. 63 Pf.    | Neue Krantzfeigen . . . . Pfd. 25 Pf.     | Sardellen . . . . . Pfd. 65 u. 85 Pf.      |
| Kasseler Rippespeer Pfd. 80 bis 95 Pf.           | Romatour-Käse . . . . . Stück 28 Pf.     | Lebende Karpfen . . . . . Pfd. 75, 85 Pf. | Neue Feigen . . . . . Kiste 35 Pf.        | Gänse . . . . . Pfd. 57, 68, 75 Pf.        |
| <i>Australisches Hammelfleisch</i>               | Limburger Käse . . . . . Pfd. 45 Pf.     | Lebende Krebse Mdl. 25 Pf. bis 3.00       | Weiss-, Rot- u. Wirsing Kohl Pfd. 4 Pf.   | Gänse-Rümpfe . . . . . 2.35 bis 4.50       |
| Keule i. Ganz. Pfd. 80, Rücken 70 Pf.            | Brie-Käse . . . . . Pfd. 75 Pf.          | Seemuscheln . . . . . 100 Stück 30 Pf.    | Spinat 2 Pfd. 10, Grünkohl 2 Pfd. 10 Pf.  | Grosse junge Hähne St. 1.15 bis 2.00       |
| Dicke Rippe Pfd. 65, Dünning 55 Pf.              | Camembert-Käse . . . . . Stück 20 Pf.    | Ananas . . . . . Pfd. 60, 70 Pf.          | Kohlrabi Mdl. 10, Mohrrüben 5 Pfd. 15 Pf. | Suppenhühner . . . . . Stück 1.35 bis 2.50 |
| Koteletts . . . . . 2 Stück 25 Pf.               | Faust- u. Spitzkäse . . . 3 Stück 20 Pf. | Weiche Essbirnen . . . . . 2 Pfd. 25 Pf.  | Radisheschen . . . . . 8 Bund 10 Pf.      | Masthühner Stück 2.75, 3.00 und 3.40       |
| Hasen und wilde Kaninchen zu billigsten Preisen. | Speisequark . . . . . Stück 10 Pf.       |   | Tomaten . . . . . Pfd. 10 Pf.             | Krammetsvögel . . . . . Stück 35 Pf.       |

## Leineweber

Berlin C

Kölnischer Fischmarkt 4-5-6 Köpferstraße 1



Die in den großen  
Eckschaufenstern  
Kölnischer  
Fischmarkt 4

ausgestellten

blaugrauen  
und braunen

## Ulster

im Preise von

25.- M. bis 85.- M.

bieten das Neueste in Stoffen,  
Fassons und Farben der Saison

□ □

Knaben- und  
Jünglings-Kleidung  
nur in eigenen Betriebs-Werk-  
stätten hergestellt, ist preiswert  
und unübertroffen in Sitz und  
solider Verarbeitung

Große Auswahl □ Gute Passform □ Billige Preise

Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet

**Möbel**

Möbel-Magazin  
**Otto Piehl**  
Kein Kredithaus!

Berlin (Norden) Brunnenstr. 120

Grösste, vielseitige  
Ausstellungen Brunnenstr. 120  
und im Fabrikgebäude

Küchen v. 48.- Mark an  
Komplette Einrichtung von 230.- Mark an  
Vertiko v. 38.- Mark an  
Elegante Schlaf-Zimmer von 295.- Mark an  
Schlafsofa von 75.- M. an

Gut und preiswert!  
Modern und gediegen!  
Garnituren von 110.- Mark an  
Sofas v. 52.- Mark an  
Bettstühle mit Matratze von 32.- Mark an  
Büffets v. 125.- Mark an  
Kleiderschränke von 38.- Mark an

Braut-leuten Rabatt

Haarblondin entwickelt Sauerstoff

das Ideal Waschpulver für helles u. dunkles Haar  
1 Paket = 25 Pf. Nur echt m. d. Feuertrommel.  
Zu haben in Drogerien.  
Fritz Kratz, Berlin N.  
Reinickendorferstr. 119

Ziehung schon 21. Oktbr.

### Bodensee-Flug-Lotterie

3469 Gewinne im Werte von Mark

60000  
20000  
10000

Lose 1 M. 11 Lose aus verschied. Tausd. 10 M.  
Porto und Liste 30 Pf. extra.

**H. C. Kröger**  
BERLIN W 8 Friedrichstr. 193a  
Ehrlich auch in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie

## Möbel

direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35  
kein Laden Tel.: A. III. 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstraße 69

Soeben erschienen:

## Völkerschlachten und Klassenkämpfe

Urkundliche Beiträge zur Jahrhundertfeier  
gesammelt von  
**A. CONRADY**  
Zwei Teile  
(Bibliothek des Wissens, Band 3 und 4)

Preis pro Band 1 Mark.

Patentanwalt Prillwitz  
Berlin NW 21, Thurmstraße 34

## Zigarrengeschäfte

möge ich aufmerksam auf meine Kantab. Spezialitäten:

**Skandia-Skraa**  
und  
**Solidaritäts-Tabak**

**Max Ziegenhals, Neue König-Straße 70**  
(Königsstadt: 3047).  
Zämtliche eingeführte Fabrikate in Zigaretten, Tabaken, Zigarren zu billigsten Preisen.

Jeder **Arbeiter**, jeder **Handwerker**, jeder praktisch arbeitende **Mann**  
der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma  
**Kohnen & Jöring, Berlin 40. Arbeitskleidung - Berufskleidung.**  
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.  
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66.  
Beste billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Verlangen Sie bei Ihrem Kaufmann eine Probe Büttners „Malzulade“  
Bestes Kräftigungsmittel, wohlschmeckender, nahrhafter u. preiswertester Brotaufstrich.  
Vertrieb: Gebr. Fink, O. 27, Tel. Alexander 2127-29.

Verantwortl. Redakt.: Alfred Dieckhoff, Neukölln. Inzeratenteil übernimmt: G. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gewerkschaftliches.

Streikbrecher in den schwarzen Listen.

Bisher war nur bekannt, daß die Unternehmer bei Arbeitskämpfen schwarze Listen herausgaben, um es den Streikenden unmöglich zu machen, sich anderweitig Arbeit zu verschaffen.

„ob es zutreffend sei, daß auf den von ihm an andere Unternehmer der Metallindustrie herausgegebenen schwarzen Listen auch Namen von solchen Arbeitern verzeichnet gewesen seien, die am Streik unbeteiligt waren.“

Direktor Teufel gab das zu und bemerkte, daß es deswegen geschähe, damit die Nichtstreikenden wo anders keine Arbeit erhalten! Dies machten übrigens alle Unternehmer so bei einem Kampf.

Auf eine Zwischenbemerkung des Vorsitzenden, daß dies doch nicht schön wäre, auch diejenigen Arbeiter, die nicht streiken, auf die schwarze Liste zu setzen, erwiderte Direktor Teufel:

„Das läßt sich nun mal nicht ändern. Die Sache ist nämlich so: diejenigen, welche nicht mitstreiken, werden von den Streikposten gewöhnlich bearbeitet, die Arbeit auch niederzuliegen, oder sie suchen sich von selbst wo anders schriftlich oder unter der Hand Arbeit. Und um zu verhindern, daß sie wo anders eingestellt werden, und um zu erreichen, daß sie dableiben müssen, deshalb tut man alle Arbeiter auf die schwarze Liste, denn Krieg ist nun mal Krieg.“

Es nicht also nicht einmal, den Streikbrecher zu machen. Der Unternehmer dankt es ihm nicht, aber er versucht, den Arbeitswilligen durch Berrufserklärung an seine Firma zu binden. Was fragt der Unternehmer nach der Existenz des ihm treu ergebenen Klausenhebers, die ist ihm gleichgültig.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Pelzwarenbranche.

In einer am Mittwoch gemeinsam mit den Zwischenmeistern abgehaltenen Versammlung erbat Herr Frihe vom Deutschen Kürschnerverband Bericht von den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht. Der Redner betonte am Schlusse seiner Ausführungen, daß der Achteinhalfstundentag für die Arbeiter eine programmatische Forderung bedeute — trotz aller Maßnahmen der Unternehmer.

In der Diskussion nahm der Arbeitgeber Heilner das Wort. Der Herr sagte u. a. die gemeinsamen Interessen der beiden Parteien wären doch weitgehender, als Frihe es dargestellt habe. Im übrigen hätten die Arbeitgeber ja gezeigt, daß sie bereit seien zu dem Versuch, einen Tarif zu schaffen.

Regge antwortete hierauf, daß, wenn die Konjunktur keine günstige sei und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sich damit noch mehr verschlechterte, eine Verkürzung der Arbeitszeit erst recht gerechtfertigt sei.

Kleines feuilleton.

Lebendiges!

Worte Georg Büchners.

Lebendiges! Was nützt der tote Atram! Aus Büchners Schulbüchern.

Erbarmen für die Unschuld! Erbarmen für die Schwache. Erbarmen für die Unglücklichen, Erbarmen für die Menschheit! Die Unterdrücker der Menschheit bestrafen ist Gnade, ihnen verzeihen ist Barbarei.

Das Laster ist das Kainszeichen des Aristokratismus.

Weg mit einer Gesellschaft, die der toten Aristokratie die Kleider ausgezogen und ihren Ausfall geerbt hat!

Wie lange sollen wir Schiffbrüchigen auf einem Brad in un-löslichem Turst einander das Blut aus den Adern saugen?

Keinen Vertrag, keinen Waffenstillstand mit den Menschen, welche nur auf Ausplünderung des Volkes bedacht waren, welche die Republik eine Spekulation und die Revolution ein Handwerk war.

Die Individualität der Mehrzahl muß sich in der Physiognomie des Staates offenbaren.

Die Staatsform muß ein durchsichtiges Gewand sein, das sich dicht an den Leib des Volkes schmiegt. Jedes Schwellen der Adern, jedes Spannen der Muskeln, jedes Zucken der Sehnen muß sich darin abdrücken.

Die Waffe der Republik ist der Schrecken, die Kraft der Republik ist die Jugend. Der Schrecken ist ein Ausfluß der Jugend, er ist nichts anderes als die schnelle, strenge und unbedingte Gerechtigkeit.

Wer will der Hand fluchen, auf die das Ruß gefallen?

Puppen sind wir, von unbekannten Gewalten am Draht gezogen; die Schwärter, mit denen Geister kämpfen: man sieht nur die Hände nicht, wie im Märchen.

Die Schritte der Menschheit sind langsam, man kann sie nur nach Jahreshunderten zählen, hinter jedem erheben sich die Gräber von Generationen. Das Gelangen zu den einfachsten Erfindungen und Grundfragen hat Millionen das Leben gekostet, die auf dem Wege starben.

Man kann das Böse leugnen, aber nicht den Schmerz. Nur der Verstand kann Gott beweisen, das Gefühl empört sich dagegen.

trag, wie er am 25. August d. J. den Fabrikanten zugestellt wurde. Wenn die Unternehmer erklären, nach Fertigstellung der Arbeiten im Frühjahr eine Aussperrung vornehmen zu wollen, nun, nach dem Frühjahr komme auch wieder ein Oktober.

Zwischenmeister Feldmann erklärte, wenn Herr Heilner vor dem Gewerbegericht so gesprochen hätte, wie er hier in der Versammlung gesprochen habe, wäre es für das Zustandekommen eines befriedigenden Resultats besser gewesen. Die kommen denn die Unternehmer dazu, den Zwischenmeistern zu drohen, wenn diese ihren Arbeitern den Achteinhalfstundentag bewilligen sollten.

Herr Heilner führte noch aus, die beiden Abmachungen vor dem Gewerbegericht seien so feilgeglagt, daß das eine ohne das andere keine Geltung habe.

Dagegen verwahrte sich Regge. Davon könne gar keine Rede sein. Die Abmachungen seien getrennt und unabhängig voneinander abgeschlossen. Die Ablehnung durch die Arbeiter berühre die Vereinbarung zwischen Fabrikanten und Zwischenmeister in keiner Weise.

Dieser Ansicht schloß sich Zwischenmeister Feldmann vollinhaltlich an.

Zuletzt nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

In Erwägung, daß der Arbeitgeberverband vor dem Gewerbegericht am 9. Oktober den Forderungen der Arbeiter gegenüber sein Entgegenkommen zeigte, obgleich der Fiskalvorsitzende, Kollege Frihe, die Bezahlung der Feiertage sowie die Lehrlingslöhne fallen ließ, um zu einem friedlichen Einvernehmen zu gelangen; andererseits durch die bisher vom Verein selbständiger Kürschner sowie durch Unterschritten und ehrenwörtlich anerkannten Forderungen drei Viertel aller Arbeiter und Arbeiterinnen zu den neuen Bedingungen arbeiten, beschließt die heutige, am 15. Oktober 1913 tagende öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Pelzbranche, daß die vor dem Gewerbegericht gemachten Konzessionen betr. Bezahlung der Feiertage, welche der freien Vereinbarung überlassen bleibt, sowie die Lehrlingslöhne aus den Forderungen fallen gelassen werden.

Alle übrigen Forderungen einschließlich der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit bleiben bestehen als Einzelvertrag, der unterschrieben oder aus gewissen Gründen ehrenwörtlich anerkannt wird, den Frieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbürgt.

Diese Resolution ist den Arbeitgebern zu übermitteln! Außer dieser wurde noch eine zweite Resolution ebenfalls einstimmig angenommen, die besagt:

Die heutige öffentliche Versammlung aller in der Pelzwarenbranche beschäftigten Arbeiter Berlins legt schärfsten Protest ein gegen die ausbrecherische, gemeingefährliche Handlungsweise des Arbeitgeberverbandes der Pelzwarenbranche von Berlin, den Hausindustriellen die Arbeit zu entziehen, wenn sie 8 1/2 Stunden arbeiten lassen.

Die Versammlung fordert den Verein selbständiger Kürschner auf, alle derartige Fälle, wo dieses Ansinnen an Hausindustrielle gestellt wird, der Staatsanwaltschaft zur Anzeige zu unterbreiten.

Vereitelter Versuch zur Tarifumgehung.

Die Firma Zimmermann u. Maerten, Kofferfabrik in Berlin, errichtete am 1. Juli d. J. in Werder a. d. H. einen Betrieb, in dem wieder die tarifmäßiger Löhne gezahlt, noch die 32 stündige wöchentliche Arbeitszeit eingeführt wurde. In einem Termin der Schlichtungskommission stellte die Firma die Behauptung auf, der Betrieb gehöre einem Herrn Zweig, der auf eigene Rechnung fabriziere, wohl aber ihr die fertigen Koffer liefere.

Die Schlichtungskommission mit dem Antrage zu beschäftigen, die Firma in eine Vertragsstrafe von 200 M. zu nehmen und für jeden Tag, den sie nicht nach dem Tarif arbeiten lasse, eine Strafe von

20 M. pro Tag auszusprechen. Einmütig erkannte die Schlichtungskommission die Rechtmäßigkeit dieses Anspruches an, worauf der Firmenvertreter erklärte, den Betrieb in Werder einzustellen. Wenn er in Werder nicht außerhalb des Tarifs stehen kann, dann lasse er lieber nur in Berlin arbeiten. Am 1. Oktober wurde der Betrieb in Werder geschlossen. Der Firma dürfte der Versuch, den Tarif durch Errichtung von Zweigniederlassungen außerhalb Berlins zu umgehen, gewaltige Kosten verursacht haben, die sie erspart hätte, wenn sie den Rat der Organisationsvertreter befolgte und ihre Finger von solchen Manipulationen ließ.

Im Offenbacher Gebiet versuchen eine Anzahl Lederwarenfabrikanten ebenfalls durch Zwischenmeister Filialbetriebe in Gebirgsdörfern im Odenwald zu betreiben, um den tariflichen Bestimmungen aus dem Wege zu gehen. Analog des Berliner Urteils ist dies nicht zulässig.

Deutsches Reich.

Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Verbands der Tapezierer und dem der Sattler.

Nachdem in den Verbandszeitungen und Mitgliederberaternungen beider Verbände der Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages eifrig diskutiert worden ist, haben die beiderseitigen Vorstände in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen, zur Vermeidung von Grenzstreitigkeiten ein Gegenseitigkeitsverhältnis einzugehen und die beiden Verbände zugehörigen Branchen festzulegen. Danach ist der Verband der Sattler und Portefeuillier zuständig für alle Berufsarbeiter in Sattlereien, Lederwaren, Reiseartikel, Treibriemen, Militär-esseten und ähnlichen Betrieben, in Auto-, Wagen-, Waggon-, Flugzeug-, Fahrrad- oder Kinderwagenfabriken, auch dann, wenn es sich um Polsterwaren handelt.

Mitglieder, die zurzeit in Betrieben arbeiten, für die ihr bisheriger Verband nicht zuständig ist, sind gehalten, bis zum 15. Januar 1914 überzutreten. Der Uebertritt erworbener, kranker oder in einer bereits eingeleiteten Lohnbewegung befindlicher Mitglieder ist nicht statthaft. Selbstverständlich verbleiben jedem über-tretenden Mitgliede die bereits erworbenen Rechte. Beide Verbände verpflichten sich bei der Agitation möglichst zu unterstützen, wobei prinzipiell die Unorganisierten auf die für sie zuständige Organisation hingewiesen werden. Der Vertrag trat mit dem 15. Oktober d. J. in Kraft.

In den Dielesfelder Buchbindereien

von Karl Wolpers und Richard Dohse steht das gesamte Personal in Kündigung. Nachdem die Arbeiter das Angebot der Buchbinderinnung zur Tarifrevision abgelehnt hatten, war die Innung für weitere Verhandlungen nicht zu haben. Beide oben genannte Firmen kündigten darauf ihrem Personal. Von der Kündigung sind circa 90 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen, von denen einzelne bereits 25—30 Jahre in den Betrieben tätig sind. Da auch in den übrigen Betrieben eine endgültige Regelung der Lohnverhältnisse bisher nicht zu erzielen war, ist es nicht ausgeschlossen, daß der ausbrechende Kampf noch weitere Firmen in Mitleidenschaft zieht. Dielesfeld ist deshalb für Buchbinder und Buchbinderarbeiten gesperrt.

Zum Streik in der Lehrer Kartonnagenindustrie.

Mit allen Mitteln versuchen die Fabrikanten die Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen und von der Zugehörigkeit zum Buchbinderverbande ablenken zu machen. Es wurden den Arbeitern entsprechende Breviere zur Unterschrift mit der Drohung der dauernden Entlassung vorgelegt. Die Belastigungen der Arbeiter und besonders der zahlreichen Arbeiterinnen nahm einen derartigen Grad an, daß am Montag in drei Betrieben spontan die Arbeit niedergelegt wurde und am Dienstag morgen das Personal fast aller Betriebe diesem Beispiel folgte. Der Streik wird aller Wahrscheinlichkeit nach ein langwieriger und hartnäckiger werden, da die Fabrikanten auch jetzt noch, trotzdem der größte und beste Teil ihrer Werkstattdarbeiter, etwa 300 an der Zahl, mit noch mehr Heimarbeitern die Arbeit eingestellt haben, auf ihrem Standpunkt beharren: jeden Tarif und jedes Verhandeln mit den Organisationsvertretern oder Vertretern der Arbeiterschaft überhaupt abzulehnen.

Erst beweist ihr Gott aus der Moral und dann die Moral aus Gott. Ein schöner Zirkelschluß, der sich selbst den D. . . . .

Die Revolution ist wie die Töchter des Pelias; sie zerstückt die Menschheit, um sie zu verzehren. Die Menschheit wird aus dem Blutgefäß, wie die Erde aus den Wellen der Sündflut, mit urkräftigen Gliedern sich erheben, als wäre sie zum ersten Mal geschaffen.

Sind wir Kinder, die in den glühenden Molochsarmen dieser Welt gebraten und mit Lichtstrahlen geißelt werden, damit die Götter sich über ihr Lachen freuen? Ist denn der Aether mit seinen Goldhaugen eine Schüssel mit Goldkörnern, die am Tische der seligen Götter steht, und die seligen Götter lachen ewig, und die Fische sterben ewig, und die Götter erfreuen sich ewig am Farbenspiel des Todeskampfes?

Um einen guten Ruf. Wie der Prozeß Sudermann-Jacobsohn ausgelaufen ist, haben wir im Gerichtsbericht gelesen. Daß er diese Benennung, wie sie bei Zivilprozessen üblich ist, verdient, daran darf kein Zweifel sein. Auch daran nicht, daß Sudermann den Prozeß nicht angestrengt hat (denn sein Antrag war erforderlich), etwa um ein Exempel zu statuieren, sondern weil er den verhassten Kritiker treffen wollte, der ihm wohl einer der gefährlichsten dänkte. Gegen die Verfasser von Klammernotizen und lobenden Vorbesprechungen ist der Dramenverfasser nicht so arg vorgegangen. Aber: das war sein gutes Recht, und auch sein Auftreten im Gerichtssaal bietet keinen Anlaß, seinen Bart zu zupfen.

Wohl aber den ungefragteren des Herrn Theodor Lessing. Was war denn vor sich gegangen? Doch wohl dies: ein Lektor eines Hoftheaters bekommt in amtlicher Eigenschaft ein Dramenmanuskript mit dem (überflüssigen, weil selbstverständlichen) Vermerk: „Bühnenmanuskript“. Rein; nicht überflüssig. Denn der Lektor wußte nicht, was das heißt, wußte nicht, daß dieses Wort ein Sperrriegel ist, sah es überhaupt nicht, weil er den ästhetischen Postkod anlegen wollte, weil ihm die Exposition wichtiger schien als sein Verhalten in Archidionen. Und spricht schon öffentlich darüber.

Und das ist bei diesem Prozeß das Verwunderliche: wie Manuskripte kommen diese Leute — als ein Prototyp steht Lessing da — ans Licht des Gerichtssaales, reiben sich verunehrt die Augenlein, vergehen augenblicklich alle Ethik und sonstiges Gehabens am Schreibtisch — und — wimmern das Hohe Gericht um Gnade an. Vergessen, wach ein Schauspiel sie dem Richter darbieten, der schamlos auf der anderen Seite das Gefasel mitandern durfte. Der ganze Unwert dieser rein ästhetisierenden Gesellschaft konnte nicht besser zum Ausdruck kommen als hier. Sie wissen bestimmt nicht, daß es Geld gibt, es sei denn, sie brauchen es. Und dann hat es mit Grimm und Vischer und Muskin und allen Heiligen ihres Väterchens gefchnappt.

Anderer schon benahm sich Jacobsohn. Ihn traf allerdings der Wortwurf, als Herausgeber einer Zeitschrift das Urheberrecht nicht ordentlich gekannt zu haben, — aber das war der einzige. Sonst tat er etwas, das nur noch sein Anwalt und das Gericht selbst in dieser Sache tat: er blieb sachlich.

Werden es denn diese Zintemenschchen nie lernen? Werden sie nicht begreifen, daß auch sie nur eine Nummer in dem großen Getriebe sind? Daß nicht um ihre halben Moabit Recht spricht, daß nicht sie der Mittelpunkt des Lebens sind? Man hat sehen müssen, wie der rechtschaffene ungeschickte Verteidiger Sudermann in der Luft herumtanzte und von dem Dichter sprach, „der uns soviel Schönes geschenkt hat . . .“ Aber darauf kam es nicht an. (Der Klischee Hermanns wird nicht besser, weil Jacobsohn ein Versehen beging.) Aber zur Diskussion stand nichts Literarisches, sondern nur eine Wesesbedeutung.

Damit geben sie sich nun ab. Das ist ihr Betätigungsfeld. Leute wie Lessing laufen zu Hunderten herum und heißen geistiges Proletariat, Wirröpfe in Amt und Stellung und so. Und das ist ihr Typisches: sind sie im Hintertreffen, bespeien sie die an der Spitze. Sind sie vorn, schweigen die kampfgewohnten Mäuler. Und werden sie plötzlich, ohne selbst zu wollen, nach vorn gestoßen, fällt ein blauer Schreck sie an. Und sie werden weilsirend und brauchen Rücksicht. Es ist das Ergebnis der Affäre Sudermann-Jacobsohn, daß man nicht eigentlich von den Klammernägern des Prozesses, sondern vor allem von diesen Leuten redet.

Theater.

Lessing-Theater: Zeitwende, Schauspiel von Herbert Eulenberg. Was der Titel „Zeitwende“ belegen sollte, blieb unklar wie das ganze Stück. Jedoch wer weiß? Am Ende gilt gerade diese Unklarheit — ein Pendant zum Willkürvielle Substanz-futuristischer Verzerrungen — den Verehrern des Dichters, die am Schluß mit heftigem Applaus demonstrieren, als großartig symbolische Verkündung einer neuen geistigen Ära, einer Zeitwende, die eben hierin, in der möglichst tabularen Emanzipation von allem Gedankenmäßigen, aller planvoll organisierenden Ausgestaltung, das Wesen einer neuen Kunst erblickt! Dem theosophisch-mythologischen Fabrikantensohn Sebald Cornelius — der Zettel nennt ihn ehrenvoll „romantische Figur“ — legt Eulenberg am Schlusse das mahnende Sprüchlein in den Mund, nicht nach dem Sinn des Lebens zu fragen. Vielleicht ist es auch dem Künstler einen Freibrief geben, ihn, wie Gott, den Herrn und Schöpfer, vor jeder un-bequemen kritischen Frage sicher zu stellen.

In seiner losen Fügung, der Handlungsarmut der drei ersten Akte, erinnert das Schauspiel an den Stil der russischen Gesellschaftsdramen, nur daß der bedeutende Reichtum dieser an intim unanzierender Ausmalung der Charaktere fehlt. Der junge Schwärmer Sebald interessiert außerordentlich in der ersten Szene, wo er einer jubelnd zuzuhörenden Kinderchar von seinem

Die Kartonnagearbeiter bilden in Jahr die stärkste Arbeitergruppe. Mit großer Spannung beobachtet die Lahrer Arbeiterkassette daher diesen Streik. Es besteht die begründete Hoffnung, die Fabrikanten, die infolge der Weichenheit ihrer Arbeiter fast durchweg zu erheblichem Wohlstand gekommen sind, eines Besseren zu belehren, wenn die Arbeiter nicht wankelmütig werden und wenn Streiarbeit in anderen Blögen verweigert wird. Auf Zugang von gelübten Arbeitern und Arbeiterinnen ist nicht sehr zu rechnen, weil die Lahrer Löhne als sprichwörtlich niedrig bekannt sind. Allerdings versuchen die Fabrikanten die leeren Plätze mit Arbeitswilligen aus der Landbevölkerung zu besetzen, allein dadurch dürfte ihnen mehr Schaden als Nutzen entstehen.

### Ueberproduktion — Arbeitslosigkeit.

Am 18. Oktober d. J. sollen sämtliche Polierwerke der Glasfabrikation Bayerns auf vier Wochen stillgelegt werden. So diktiert die Herren Unternehmer in der Glasindustrie. Die überaus schlecht bezahlten Arbeitslöhne in der Glasindustrie (die ewigen Arbeiter) mögen sehen, wie sie über diese Zeit hinwegkommen. Laut Tarifvertrag müssen die Unternehmer den zur Unfähigkeit verdammt Arbeitern Feiertage bezahlen; dies kommt jedoch nur einem Teil der Feiertage zugute. Außerdem ist das Feiertagslohn sehr gering; es reicht nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Die Ursache der Stilllegung der Werke ist der Umstand, daß durch den Vorkauf von Eiern sehr stark leidet und insbesondere, daß die letzten zwei Sommer infolge der reichlichen Regenfälle — keine Betriebsstörungen brachten! Die Polierwerke der Glasfabrikation haben zum Teil Wasserkräft. Der regelmäßige Betrieb, der infolge der beiden letzten regenreichen Sommer üblich war, brachte eine Ueberproduktion mit sich. Weil also zu viel Werke erzeugt sind, müssen die Arbeiter, es kommen deren etwa 2000 in Betracht, feiern und somit darben.

## Kommunale Wahlbewegung.

### 31. Kommunal-Wahlbezirk.

In Schmilch's Festfäden, Bornholmer Straße, sprach vor kurzem besuchter Versammlung Genosse Fritz Hubell. In großzügiger Rede vertrat er den Referent, den Erschienenen ein Bild sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu geben. Besonders ausführlich behandelte er die Schulfrage, die Lieferung unentgeltlicher Lehr- und Lernmittel und alles mit diesen Leidigen Angelegenheiten in Zusammenhang Befindliche. Bedauerlich ist es, daß die verschiedenen Lehrer, getreu der Kaiserorder, die die Sozialdemokratie schon in der Schule bekämpft wissen will, die Schule dadurch zu einem politischen Tummelplatz machen. Änderungen im reaktionären Kurs des Berliner Kommunalparlament sind nur durch hartnäckiges Drängen der Sozialdemokratie geschaffen worden. Durch die Beherrschung im roten Hause sind alle großzügigen Verlehrsplane gescheitert. Nichts ist geschehen, die Straßenbahnen und die Elektrizität zu verstaatlichen, im Gegenteil, alles, was zur Uebernahme in städtische Regie führen konnte, ist hintertreiben worden. Am beweisen aber die im städtischen Betrieb befindlichen Bahnen, daß nicht nur die Zinsen bedekt, sondern auch ein erheblicher Ueberfluß gemacht werden kann. Zuhilfenahme fernige Worte fanden den ungeteilten Beifall der Versammelten.

### 32. Kommunal-Wahlbezirk.

Durch sein instruktives Referat über das Wesen der sozialdemokratischen Gemeindegemeinschaft fesselte in den Ritz-Sälen Karl Leib die Zuhörer. Mit kritischem Blick beleuchtete er die einzelnen Gebiete der städtischen Verwaltung. So ist es als unerhörte zu bezeichnen, daß der Stadtrat Kalkisch in dieser Krisenzeit die Armenverfänger usw. zusammenrief, um ihnen den Rat zu geben, recht knapp mit den Unterstufungen umzugehen. Durch die Initiative der Fraktion ist es gelungen, die wahrhaft skandalösen Zustände im Armenbeschäftigungswesen zu beseitigen. In der Waisenpflege sind durch unser feistiges Drängen manche Fortschritte zu buchen. In punkto Fürsorgeerziehung muß der Geist der Humanität eingehen. In der Frage des Wohnraumes ist das fortgesetzte Drängen unserer Genossen endlich von Erfolg gewesen. Die Verschönerung der Schönhauser Allee machte einen Erfolg für die den Anwohnern genommene Bromenade notwendig. Nach schwerem Kampfe gelang es, den Exerzierplatz für Erholungszwecke zu sichern. Nach hartem Kampfe; denn schon lagen drei Bauungspläne für diesen Platz vor. Daß die Fleischversorgung in der gemeinsamen Deputation jetzt erneut ihre Annahme gefunden hat, ist leicht zu erklären; denn die Stadtverordnetenwahlen sind in Sicht. Dafür verlagte Berlin bis jetzt in der Arbeitslosenfürsorge. Nur zaudernd wurde etwas zur Milderung unternommen. Am 9. Ok-

ttober heißt es, der freisinnigen Politik der verpöhten Gelegenheiten die gebührende Quittung zu geben.

Dem mit reichem Beifall entgegengenommenen Referat folgte eine kurze Debatte, in der gewünscht wurde, daß der „Vorwärts“ die Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung bringen möge. Ferner solle man einen städtischen Arbeiter mit ins Rote Haus entsenden, da ein solcher wohl am besten die einschlägigen Verhältnisse kenne.

Vom Referenten wurde erwidert, daß die Interessen der städtischen Arbeiter von unseren Genossen stets wirksam wahrgenommen worden sind.

Für den

### 38. Kommunal-Wahlbezirk.

Der nach der Neuerteilung der Wahlbezirke einen unlangst verstorbenen bürgerlichen Vertreter hatte, war die Wählerversammlung nach dem Café Gärtner am Holsteiner Ufer einberufen worden.

Hier referierte Stadtverordneter Dupont. Er stellte fest, daß in den 80 Jahren, während welcher sich die Sozialdemokraten an den Stadtverordnetenwahlen beteiligten, sich manches im kommunalen Leben geändert habe. Ganz unerkennbar sei der Einfluß der sozialdemokratischen Vertretung, der ständig gewachsen sei mit der Verstärkung der Fraktion. Die Mehrheit könnten wir nach Lage des Wahlrechts und der Bevölkerungsgruppierung in Berlin nicht erlangen. Aber die uns noch fehlenden Mandate der dritten Abteilung müßten wir noch erringen, dazu gehöre auch der 38. Wahlbezirk, der bei eifriger Agitation zu gewinnen sei. Die Tätigkeit der Sozialdemokraten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung und in Deputationen und Kommissionen, über die Redner dann im einzelnen sprach, gab ihm Gelegenheit, das sozialdemokratische Kommunalprogramm zu entrollen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Der Vorsitzende Genosse Baersch teilte dann mit, daß die organisierten Genossen den Genossen Hugo Boehsch als Stadtverordnetenkonkandidat für den Bezirk nominieren hätten.

Der Kandidat Hugo Boehsch nahm darauf das Wort zu einer Ansprache. Er legte dar, daß die Kommunalwahlen eine weit größere Bedeutung hätten, als ihnen von den Massen beigegeben würde. Das werde schon gekennzeichnet durch den Etat von mehr als dreihundert Millionen Mark, der größer sei als der Etat für das ganze Königreich Sachsen. Der Einfluß, den die Sozialdemokraten im Sinne ihres Kommunalprogramms geltend machen könnten, durchfließe in Duzenden von Kanälen und Kanälen die ganze Verwaltung, ohne daß dies immer in der Öffentlichkeit Ausdruck finde. Unter der Zustimmung der Versammlung ersuchte Redner die Anwesenden, bis zum Wahltag eifrig zu agitieren.

Der Vorsitzende Baersch gab ebenfalls diesem Wunsch Ausdruck, indem er die Erwartung ausdrückte, daß dann auch dieser Bezirk den freisinnigen entrisse und durch die Wahl des Genossen Boehsch das rote Banner auch über dem 38. Bezirk entrollt werde.

## Die Kölner Arbeitslosenversicherungskasse.

Die Kölner Kasse ist die erste Kasse, die auf die Beitragsleistung der Versicherten aufgebaut wurde. Die Versicherten werden in zwei Arten: Rückversicherter und die unmittelbar Versicherten, eingeteilt. Rückversicherter sind diejenigen, die durch die Gewerkschaften versichert werden, und unmittelbar Versicherte nennt man die Einzelversicherten. Um eine gerechte Beitragsleistung zu ermöglichen, sind alle Versicherten nach Risiken in drei Gefahrenklassen eingeteilt.

Das zweite Geschäftsjahr war im wirklichen Sinne ein Probejahr, denn es war das erste Jahr der Unterstützungsauszahlung; da die Mitglieder 52 Wochen der Kasse angehören mußten, um Unterstützung beziehen zu können. Alle durch die Gewerkschaften versicherten Mitglieder erhielten vom siebenten Tage der Arbeitslosigkeit an 80 Tage lang pro Tag 75 Pf.

Es gehörten der Kasse im zweiten Geschäftsjahr 15 freie Gewerkschaften mit 8022 Mitgliedern, 5 christliche Gewerkschaften mit 2065 Mitgliedern und 2 Hirsch-Dundersche Gewerkschaften mit 418 Mitgliedern an. Ferner noch 189 unmittelbar Versicherte. Mitglied kann jeder Arbeiter werden, der ein Jahr in Köln wohnt oder arbeitet. Die Gewerkschaften haben das Recht, für Mitglieder, die diese Vorbedingung erfüllt haben, die Beiträge in einer Summe zu zahlen und werden dadurch die Mitglieder sofort bezugsberechtigt. In Weitzagen zahlten die freien Gewerkschaften vom 1. August 1912 bis zum 1. Juli 1913, also in 11 Monaten, 15 228,10 M.; dafür erhielten sie an Unterstützungen 21 917,50 M. Die christlichen Gewerkschaften usw. und die Berliner Wähler, die jeden unqualifizierbaren Poffenschmarren herausbringen, kennen Wähler mit. Die Verwalter der deutschen Kulturträger seien und diese Woche ein reichhaltiges Potpourri von Goethe bis zu Sternheim vor — aber an „Dantons Tod“ und „Wozzeck“ traute sich keine. Dabei haben wir neue Direktoren, neue Theater und einträgliches Poffen, die Experimente ermöglichen. Herr Reinhardt ist offenbar so mit Puffschmarren beschäftigt, daß er die Verlobungen, die Wähler jedem Negligé bietet, gar nicht gewahr werden kann.

— Zusammenkunft der Arbeiter-Bibliothekare. Die erste Zusammenkunft im beginnenden Winterhalbjahre findet am kommenden Montag, abends 8 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engländer 15, statt. Max Jakobson wird über den Stand der Arbeiterbibliotheken in Berlin nach dem Jahresbericht 1912 sprechen.

— Theaterchronik. Im Deutschen Theater erlebt demnächst Karl Sternheims neues Stück „Der Snob“ die Uraufführung. Es gehört zu dem Jullus seiner Komödien aus dem bürgerlichen Heldenleben. Die bisherigen Werke „Die Hölle“, „Die Kaffee“ und „Würger Schappel“ befaßten sich mit dem Kleinbürger und Proletariat. Snob bringt die Auseinandersetzung des hochgelobten Bürgers mit dem Adel. Die Hauptrolle, den Snob, spielt in der Uraufführung im Deutschen Theater, die für die zweite Hälfte des Jahres geplant ist, Albert Hoffmann. — Wilhelm Schmidhons Legendenstück „Der verlorene Sohn“ gelangt am Donnerstag, den 28. Oktober, in den Kammerstücken des Deutschen Theaters zur ersten Aufführung. — Im Komödienhaus wird gegenwärtig Henry Nathansohns Schauspiel „Hinter Mauern“ vorbereitet. Die Aufführung soll noch Ende des Monats stattfinden.

— Musikchronik. Der Komponist Dr. Edgar Jffel wurde als Nachfolger des verstorbenen Professors William Wolf zum Dozenten der Musikfächer an der Berliner Humboldt-Akademie ernannt.

— Vorträge. In der Freien Hochschule (Niederwallstraße 12, Aula) beginnt Freitag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr pünktlich der Vortragszyklus von Dr. Bruno Wille über „Goethes Faust“.

— Ferdinand Hodler. Ueber diesen nun sechzigjährigen Führer der modernen Malerei wird in nächster Zeit im Verlag R. Piper u. Co. in München eine Reihe groß angelegter Publikationen erscheinen; eine Mappe mit vier Hellogradieren und ein Textwerk von Ewald Bender, das Hodlers Entwicklung schildert.

— Kinder mit drei Hörnern. In Senegambien gibt es Hausrinder mit drei Hörnern, das „Bos tricornis“, die man als eine besondere Rasse eingestuft hat. Das sind sie aber nicht. Wie jetzt nachgewiesen wurde, ist das dritte auf der Nase befindliche Horn ganz einfach eine Anomalie. Die Eingeborenen impfen nämlich ihre Kinder zum Schutz gegen die Lungenentzündung, indem sie in die Knochenhaut der Stirne Zellen einer von der Krankheit befallenen Lunge einpflanzen; es entsteht daraufhin eine Deformierung des Knochens, die häufig eine sehr beträchtliche Erhöhung zur Folge hat. Die Schwellung überzieht sich mit einer Hornhaut, und so entsteht das merkwürdige Kind mit den drei Hörnern.

werkschaften zahlten 8 453,80 M. und erhielten 1 689,75 M. Die Gewerkschaften (Hirsch-Dundersche) zahlten 488,34 M. und erhielten 190,50 M. Die unmittelbar Versicherten zahlten 5 123,78 M. und erhielten 8001,50 M.

Die Stadt Köln leistet auf den Kopf der Versicherten einen Zuschuß von 5,20 M. im Jahr, im zweiten Geschäftsjahr betrug der Gesamtzuschuß 60 377,20 M. Die Arbeitslosigkeit war, trotzdem man im Kölner Industriegebiet durchaus noch keine allgemeine Krise hatte, in den 11 Monaten des Geschäftsjahres schon ziemlich hoch. Bei den freien Gewerkschaften kamen auf 100 Mitglieder im Durchschnitt 5,29 Arbeitslose, bei den christlichen Gewerkschaften ebenfalls 5,29, bei den Gewerkschaften (Hirsch-Dundersche) 1,78 und bei den unmittelbar Versicherten 0,08. An Tage der Arbeitslosigkeit kamen bei den freien Gewerkschaften auf jedes Mitglied 0,52, bei den christlichen Gewerkschaften 0,28, bei den Gewerkschaften 0,17 und bei den unmittelbar Versicherten 2,19.

Das Vermögen der Kasse beläuft sich nach zweijährigem Bestehen auf über 250 000 M. Der günstige Stand der Kasse veranlaßte den Gesamtvorstand, vom Beginn des dritten Geschäftsjahres an folgende Statutenänderungen in Kraft treten zu lassen. Um unterstufungsberichtigt zu werden, wurde die Karenzzeit von 52 auf 30 Wochen herabgesetzt. Der Unterstufungsbeitrag wurde für die rückversicherten Vereine von 75 Pf. auf 1,20 M. pro Tag erhöht. Die Zahl der Gefahrenklassen wurde um eine erhöht, so daß deren jetzt vier bestehen.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann wohl gesagt werden, daß die Kölner Kasse bestrebt ist, im Interesse der Arbeitslosen auch in der Zukunft Mängel, die sich herausstellen, zu beseitigen.

Der Vorsitzende der Kasse, Dr. Rademaker, wandte sich in der Hauptversammlung am Montag, den 18. Oktober, in scharfer Weise gegen die Behauptungen der Unternehmer und anderer Interessenten, nach der eine kommunale oder staatliche Arbeitslosenversicherung den Kampf der Gewerkschaften gegen das Unternehmertum fördere, sie weiter auch die Landflucht begünstige. Weder das Genter System, noch die Versicherungskasse entlaste die Gewerkschaften. Die Einrichtung in Köln habe die Leistungen der Gewerkschaften noch um 19 000 M. erhöht. Reineswegs würden die Gewerkschaften durch eine kommunale oder staatlich unterstützte Arbeitslosenversicherung in ihrer Kampffähigkeit gestärkt. Andernfalls müsse man sich zu der unhaltbaren Ansicht bekennen, daß jede Arbeiterfürsorge, jede Lohnherhöhung die Gewerkschaften fördere und daher zu bekämpfen sei. Da ein überflüssiger Arbeitsmarkt eine größere Zahl arbeitsfähiger Menschen nicht festhalten könne, falle auch der Einwand von der Förderung der Landflucht durch die Arbeitslosenversicherung. — Ob's was nützt?

In Nürnberg nimmt das Elend der Arbeitslosigkeit täglich zu. Trotz der mit Händen zu greifenden Not können sich die maggebenden Körperschaften nicht zu ernsthaften Maßnahmen aufschwingen, weil der Rathausfreisinn sich mit der bequemen Ausrede zu solbieren sucht, daß zuerst der Staat voranzugehen habe. Das Statut einer Arbeitslosenversicherung liegt schon seit einigen Jahren fertig vor, 30 000 M. sind für Arbeitslosenunterstützung in den Etat eingelegt, aber sie werden für ihren Zweck nicht eher verwendet, als bis der Staat erklärt, daß er ebenfalls etwas tun will. Das eingige, was der Nürnberger Rathausfreisinn in Aussicht genommen hat, ist außer den üblichen Rotstandsarbeiten eine Naturalunterstützung an Arbeitslose im kommenden Winter. Um dazu Unterlagen zu gewinnen, wird demnächst eine Arbeitslosenzählung (durch Meldung an bestimmten Arbeitsstellen) veranstaltet. Am Montag fanden nun in verschiedenen Stadtteilen sieben große Versammlungen statt, die sich mit der Frage befaßten und die zum Teil überfüllt waren. In einer einstimmig angenommenen gleichlautenden Resolution wurde dem Verfremden über die Untätigkeit der Staatsregierung, insbesondere aber auch der Gemeinde Ausdruck gegeben. Verlangt wird raschste Vergebung aller Arbeiten und ihre sofortige Inangriffnahme, Ausführung aller in Aussicht genommenen Projekte der staatlichen und gemeindlichen Körperschaften bei Bezahlung der tarifmäßigen Löhne, ferner die Ergänzung der Arbeiterversicherung durch eine Arbeitslosenversicherung durch das Reich, die Erfüllung der Versprechungen des Prinzregenten Ludwig in seinem Handschreiben vom 27. Juli und bis zum Inkrafttreten der Reichsarbeitslosenversicherung Bereitstellung gemeindlicher Mittel für Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung durch die Gemeinde Nürnberg.

Die Stadtverordnetenversammlung in Juidau i. S. bestimmte eine Kommission zur Vorberatung folgenden Antrages des dortigen Gewerkschaftsartells: 1. Sofortige Bereitstellung von Rotstandsarbeiten; 2. Sogleichige Inangriffnahme der bereits vorbereiteten öffentlichen Aufträge; 3. Systematische Einwirkung auf den Arbeitsmarkt durch Vorbereitung nichtdringlicher Arbeiten, die in den Zeiten wirtschaftlicher Depression in Auftrag gegeben werden. 2. Errichtung eines öffentlichen, paritätischen, neutralen und unentgeltlichen Arbeitsnachweises. 3. Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System; 4. Bereitstellung einer Summe von 2000 M. als Arbeitslosenbeihilfe der Berufsvereine in diesem Jahre und 8000 M. zu demselben Zwecke im Jahre 1914.

## Aus der Partei.

### Zum Fall Nabel.

Am Dienstag wurde in der zweimal vertagten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Bremen die Debatte über den „Fall Nabel“ zu Ende geführt. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde von der Bremer Parteileitung ein Antrag eingebracht, in dem diese der Versammlung empfiehlt, lediglich aus Gründen der Disziplin dem Beschlusse des Parteitages Folge zu geben und den Genossen Nabel aus der Mitgliedsliste zu streichen. Von Nabel lag eine schriftliche Erklärung vor, in der er zum Ausdruck bringt, daß er sich nach dieser Stellungnahme des Bremer Parteivorstandes zum Jenoer Parteitagsbeschlusse genötigt sehe, seinen Austritt aus der Bremer Parteiorganisation zu erklären. Vom Genossen Henke ging sodann folgender Antrag ein:

„Die Versammlung nimmt den Austritt des Genossen Nabel aus der bremischen Parteiorganisation zur Kenntnis und erachtet damit die Resolutionen, die sich mit seiner Mitgliedschaft befaßen, für erledigt.“

Die Versammlung erhebt jedoch ihren schärfsten Protest gegen die Art und Weise, in der vom Jenoer Parteitags diese Angelegenheit behandelt worden ist; gegen die Annahme des Antrages 45, sowie vor allem dagegen, daß diesem Antrage „rückwirkende Kraft“ auf die Aufnahme Nabels in Bremen gegeben worden ist.

Indem die Versammlung schon jetzt die Aufhebung der vorerwähnten Jenoer Beschlüsse fordert, beschließt sie, dem nächsten Parteitags einen entsprechenden Antrag unterbreiten zu wollen.

Dieser Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen. Ferner stimmte die Versammlung mit 182 gegen 181 Stimmen folgendem Antrage Pannkoek zu:

„Die Versammlung spricht ihre Anerkennung über die Tätigkeit Nabels für die „Bremer Bürger-Zeitung“ aus und erklärt, daß ungeachtet der Entscheidung über die Mitgliedschaft der weiteren

### Notizen.

— Wähler und die Berliner Wähler. Die Reulletons schwebeln in Wählerbegeisterung; er war das stärkste Talent, die größte Hoffnung der deutschen Wähler, der schlagkräftigste

Mitarbeiter Adels an der „Bremer Bürger-Zeitung“ nicht im Wege steht.

**Personalien.** Als Nachfolger des Genossen Bartels wurde der Genosse Heinrich Kürbis-Altona als Bezirkssekretär für Schleswig-Holstein gewählt. Kürbis, der lange Jahre im s. schleswig-holsteinischen Wahlkreis hervorragend agitatorisch tätig war und mehrere Jahre als Vorsitzender des Ortsvereins Ottenstein fungierte, war in den letzten drei Jahren als Vorsitzender der Hamburger Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes angestellt.

**Dolizeiliches, Gerichtliches usw.**

**Braunschweiger Justiz.**

Zu drei Monaten Gefängnis wurde am Mittwoch Genosse Richard Wagner und zu zwei Monaten Genosse Otto May, beide Redakteure am „Volkstribüne“ in Braunschweig, von der ersten Strafkammer des Landgerichts in Braunschweig verurteilt. Genosse Wagner soll einen Oberlandesgerichtsrat Seidler in einem Artikel vom 17. Februar beleidigt haben, in welchem die sozialistenfeindlichen Reueherungen Seidlers im Landtage bei der Beratung des neuen Schulgesetzes niedriger gehängt wurden. Seidler hatte im Landtage den Antrag gestellt, den Schulkindern die Teilnahme an Vereinen und Vereinsfestlichkeiten zu verbieten, die „oben“ nicht genehm sind. Als dieser Antrag zum Gesetz erhoben wurde, erschien im „Volkstribüne“ eine Kritik, für die jetzt Wagner als Strafe drei Monate Gefängnis erhielt. — Im März d. J. nahm Seidler erneut Veranlassung, im Landtage gegen den „Volkstribüne“ zu Felde zu ziehen. Der „Volkstribüne“ antwortete mit einem Artikel darauf. Genosse May als Verantwortlicher erhielt nun — wegen Beleidigung Seidlers ebenfalls zwei Monate Gefängnis.

**Der Staatsanwalt gegen den Geburtenrückgang.**

Die Inseratenredakteure auf Korn zu nehmen, sind nach einer an sie ergangenen Anweisung die Staatsanwälte verpflichtet, um dem Geburtenrückgang zu begegnen. Genosse Illing, der Inseratenredakteur der Chemnitzer „Volkstribüne“ hatte sich wegen Vergehens nach § 184 des Reichsstrafgesetzbuches zu verantworten, weil im Inseratenteil der „Volkstribüne“ eine Broschüre angeklagt war, betitelt: Wie schlage ich mich vor starkem Familienzuwachs? Auch der Verfasser der Broschüre, Feisner-Jena, stand unter Anklage. In dieser Broschüre wurde die Anwendung von Spüllösungen empfohlen. Genosse Illing wurde zu dreißig Mark Geldstrafe, Feisner zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt.

**Gerichts-Zeitung.**

**Generalsirenforderung gegen die Geseze?**

Der Redakteur des „Pionier“, Johannes Leskien, hatte sich gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze (§ 110 des Strafgesetzbuches) zu verantworten. In Nr. 28 des „Pionier“ vom 9. Juli 1913 erschien mit der Überschrift: „Theaterdonner“ ein Artikel. In diesem wurde der politische Massenstreik als unwirksam bezeichnet und vorgeschlagen: Die Arbeiter für den wirtschaft-

lichen Generalsireik zu erzielen. „Hier kann nur eine von langer Hand und mit Eifer betriebene Aufklärungs- und Werbearbeit den Boden für unsere Ideen vorbereiten.“ Der Artikel schloß: „Es lebe das revolutionäre Bewußtsein der Besitzlosen, hoch die direkte Aktion.“ Leskien erklärte: In dem Artikel ist keinerlei Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze enthalten, zumal nur eine Aufklärungs- und Werbearbeit empfohlen werde. Ein Generalsireik lasse sich auch nicht durch den Artikel einer Zeitung provozieren, die 8000 Auflage habe. Unter „direkter Aktion“ werde keineswegs die Anwendung von Gewalt, sondern nur die Verwerfung des Parlamentarismus und der Eintritt in einen Streik verstanden. Die Anwendung von Gewalt wäre unter den heutigen Verhältnissen ein Wahnsinn, da diese nur mit einer Niederlage des Proletariats enden könnte. — **Vors. Landgerichtsdirektor Hofmeister:** Aber unter anderen Verhältnissen würde die Anwendung von Gewalt empfohlen werden? Leskien: Wir sind bemüht, die soziale Frage in friedlicher Weise zu lösen. Was in ferner Zukunft einmal geschehen könnte, kann man nicht wissen. — **Staatsanwaltschaftsrat Dr. Feingmann** hielt die Anklage in vollem Umfange aufrecht. Ein wirtschaftlicher Generalsireik, der eine Arbeitsniederlegung der Gas-, Elektrizitätsarbeiter, Bäcker, Fleischer, Metzger u. a. zur Folge haben könnte, würde zweifellos eine Hungerrivolte hervorrufen und zu ungeheuerlichen Ausschreitungen, womöglich zu noch Schlimmerem führen. Zum mindesten werden aber die Arbeiter, denen der wirtschaftliche Generalsireik empfohlen werde, zum Kontraktbruch aufgefordert. Er beantrage, mit Rücksicht auf die schweren Folgen, die eine solche Aufforderung haben könne, einen Monat Gefängnis. — **Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Hugo Feinmann** wies in längerer Rede nach, daß der Artikel nur zur Aufklärungs- und Werbearbeit auffordere, um die Arbeiter für einen Generalsireik zu gewinnen. Das sei aber keine bestimmte Aufforderung zu einer Gesezeverletzung. Ein Streik sei an sich eine vollständig gesetzliche Handlung und könne sehr gut ohne Kontraktbruch durchgeführt werden. Er beantrage die Freisprechung, andernfalls beantrage er die Vernehmung des belgischen Abgeordneten Vandervelde, der bekunden werde, daß der belgische Massenstreik ohne Kontraktbruch vor sich gegangen sei.

Nach kurzer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende: In dem Artikel heißt es allerdings: „Hoch die direkte Aktion“. Der Gerichtshof hat aber eine direkte Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze nicht finden können. Es ist daher für Recht erkannt: Der Angeklagte wird freigesprochen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

**Diebstähle auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof** lagen einer Anklage zugrunde, welche gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Wegen fortgesetzten Diebstahls war der Darmhändler Max Schüller angeklagt, während sich der Darmhändler Franz Hellbach wegen gewerbsmäßiger Hehlererei zu verantworten hatte. — Wie die Verhandlung ergab, hatte der Angeklagte Schüller, der auf dem städtischen Schlacht- und Viehhof als Darmhändler tätig gewesen war, der Firma Förster längere Zeit hindurch Darme im Werte von mehreren tausend Mark aus den

Lagerbeständen entwendet. Die Kriminalpolizei ermittelte als den Abnehmer der Diebesbeute den jetzigen Mitangeklagten Hellbach, welcher Inhaber einer großen Darmhandlung ist. Die Beweisaufnahme ergab, daß sich beide Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig gemacht hätten. Das Urteil lautete gegen Schüller auf 6 Monate Gefängnis und gegen Hellbach wegen gewerbsmäßiger Hehlererei auf 1 Jahr Zuchthaus. Hellbach wurde außerdem wegen Fluchtverdachts sofort verhaftet.

**Ein meineidiger Hüter für Ordnung und Sitte.**

Das Schwurgericht München verurteilte den 26 Jahre alten ehemaligen Schuhmann Daniel Wüntler von Holzbad, Bezirksamt Kirchheimbolanden, wegen Verbrechens des Meineids zu einem Jahr Gefängnis. Der Ruferschwurmann hatte ein Jahr lang mit der Frau eines Higarrenhändlers ein ehebrecherisches Verhältnis. Trotzdem er Zeugen gegenüber sich seines sträflichen Verhältnisses rühmte und obwohl er durch zahlreiche Liebesbriefe des Ehebruchs überführt war und in einer verhängnisvollen Situation von einer Zeugin mit der Frau betroffen wurde, schwor er im Ehescheidungsprozeß, daß er mit der Frau nie etwas zu tun hatte. In der Verhandlung bejahtigte der Angeklagte die ihn belastenden Zeugen selbst des Ehebruchs.

**Witterungsbericht vom 16. Oktober 1913.**

Stationen	Barometer humb. ann.	Wind- richtung	Windstärke	Temper. m. u. n.	Stationen	Barometer humb. ann.	Wind- richtung	Windstärke	Temper. m. u. n.
Eintramb.	767,75	Wolffig	8	8	Darmstadt	766,95	Wolffig	8	8
Hamburg	769,95	Wolffig	10	10	Petersburg	748,95	Wolffig	8	8
Berlin	768,95	Wolffig	9	9	Wien	769,95	Wolffig	12	12
Frankf. a. M.	771,95	Wolffig	8	8	Uster	767,95	Wolffig	6	6
München	771,95	Wolffig	8	8	Paris	770,95	Wolffig	5	5
Wien	769,95	Wolffig	8	8					

**Wetterprognose für Freitag, den 17. Oktober 1913.**

Wald und Getreide heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. Berl. Reichstagswahlkreis.  
Köpenicker Viertel, Bezirk 195, I.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Genosse, der Dressler  
**Heinrich Zimmermann**  
Götlicherstraße 66, gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 19. Oktober,  
nachm. 3/4 Uhr, von der Halle  
des Central-Friedhofs in Fried-  
richshagen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Greift zu!**  
Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill.  
kleiden will, empfehle elegante  
Kavalierrgarderobe in feinsten Werk-  
stätten. Berlins georb. von Herr-  
schaften, Doktoren, Kavaliern nur  
kurze Zeit gabr. (für jed. Fig. pass.)  
Kavalierr-Jackett-Anzüge 10, 14, 18 M.  
Kavalierr-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M.  
Kavalierr-Paletots 8, 10, 14, 18 M.  
Kavalierr-Herren-Hosen 2,50, 3,00 M.  
Ulster, sehr billig.  
Große Abteilung neuer Garderobe  
Moldauer, Gr. Frankfurter Str. 95  
(Nähe Strausberger Pl.)  
Bitte genau auf No. 95 zu achten

# Massen heraus!

Sonntag, den 19. Oktober 1913, mittags 12 Uhr:

## 33 öffentliche Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

### Berlin:

- |  |  |  |
|--|--|--|
| <b>Bock-Bräuerei,</b> Tempelhofer Berg.        | <b>Sausfouci,</b> Kottbuser Straße 6.                    | <b>Kastanien-Wäldchen,</b> Badstraße 15/16.      |
| <b>Armin-Hallen,</b> Kommandantenstr. 58/59.   | <b>Bräuerei Friedrichshain,</b> Am Friedrichshain 16-23. | <b>Germania-Säle,</b> Chausseestraße 110.        |
| <b>Konzert- und Festsäle,</b> Koppenstraße 29. | <b>Bräuerei Königstadt,</b> Schönhauser Allee 10         | <b>Moabiter Gesellschaftshaus,</b> Wickestr. 24. |
- Referenten: Otto Böhner — Dr. R. Breitscheid — Dr. Oskar Cohn — Ernst Däumig — Emil Eichhorn — Georg Ledebour — Hermann Müller — Robert Schmidt — Dr. G. Weyl.

### Teltow-Beeskow:

- |   |  |   |
|---|--|---|
| <b>Adlershof:</b> Wülke, Bismarckstraße 24.                       | <b>Groß-Bichterfelde:</b> E. Richter, Chausseestr. 104 | <b>Schöneberg:</b> Rathausäle, Meiniger Straße 8.             |
| <b>Alt-Gliencke:</b> Rodenburg, Rudower Str. 17.                  | <b>Johannisthal:</b> Lindenhof, Friedrichstraße 61.    | <b>Steglitz:</b> Albrechtshof, Albrechtstraße 1.              |
| <b>Charlottenburg:</b> Volkshaus, Rosinenstr. 3.                  | <b>Mariendorf:</b> Herolds Festäle, Chausseestr. 283.  | <b>Tempelhof:</b> Zur Stadt Dresden, Berliner Str. 78         |
| <b>Cöpenick:</b> Stadt-Theater.                                   | <b>Neukölln:</b> Neue Welt, Hasenhaide 108-114.        | <b>Wilmerdorf:</b> Viktoria-Garten, Wilhelms-<br>aue 114/115. |
| <b>Dabendorf:</b> Zum Deutschen Kaiser (mit Georg Widmann) 7 Uhr. | <b>Nowawes:</b> Singers Volksgarten, Priesterstr. 31.  |   |
- Referenten: Klara Schuch-Bohm — Emil Dittmer — Dr. J. Herzfeld — Kurt Heintz — Joachim Mühs — Selmundt Lehmann — Martin Meyer — Hermann Müller — Wilhelm Paegel — Dr. N. Silberstein — Karl Wermuth — Richard Woldt — Feig Jubel.

### Niederbarnim:

- |  |  |   |
|--|--|---|
| <b>Vorsigwalde:</b> Vorsigwalder Fest-Säle.                  | <b>Ober-Schöneweide:</b> Moeruers Glumengarten.                | <b>Reinickendorf-Ost:</b> Hubertus-Säle, Probings-<br>straße 76/77. |
| <b>Friedrichshagen:</b> Lerche, Friedrichstr. 113. 2 Uhr.    | <b>Oranienburg:</b> Sonnabend, den 18. Oktober, abds. 8/9 Uhr. | <b>Rosenthal:</b> G. Milbrodt, Walderseestraße 5.                   |
| <b>Bichtenberg:</b> Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5. | <b>Waldhaus Sandhausen,</b> Schützenstr. 34.                   | <b>Tegel:</b> Crapps Fest-Säle, Bahnhofstraße 1.                    |
| <b>Bichtenberg:</b> Café Bellevue, Hauptstraße.              | <b>Pankow:</b> Korymbi, Kreuzstraße 3/4.                       | <b>Weißensee:</b> Schloß Weißenseer.                                |
- Referenten: Dr. Alfred Bernstein — Paul Brühl — Georg Davidsohn — Paul Dupont — Johannes Gah — Wilhelm Kubig — Hugo Pochsch — Artur Stadthagen — Max Schütte — Georg Udo — Rudolf Wiffell.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

# „Völker Schlacht und Völkertrug.“

Unserem Genossen  
**Gustav Pohl** nobat **Braut**  
die herzlichsten Glückwünsche zur  
Vermählung.  
Die Genossin des Bez. 520, VI. Kreis.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Am 18. Oktober starb unser Mit-  
glied, der Bauarbeiter  
**Gustav Lange.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 17. Oktober, nach-  
mittags 3 Uhr, vom Kran-  
kenhaus Friedrichshain aus nach  
dem Kirchhof der Bus-Gemeinde  
in Hohen-Schönhausen statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
146/2 **Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Allen Kollegen und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß am  
15. Oktober nach schwerem Leben  
mein lieber Mann und unser guter  
Vater, der Stulleiter  
**Gustav Meißner**  
alt 62, entschlafen ist.  
Die Beerdigung findet morgen  
Sonnabend, den 18. Oktober, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle des  
Schöneberger Gemeindefriedhofes,  
Ragstraße, aus statt. 472  
Die trauernde Witwe  
**Emilie Meißner** nebst Kindern.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß unser  
lieber Sohn, unser guter Bruder,  
Schwager und Onkel  
**Paul Friebe**  
nach langem, schwerem Leiden  
im 20. Lebensjahre verstorben ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 18. Oktober,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Halle des Städtischen Friedhofes,  
Ragstraße, Ecke Seestraße, aus  
statt. 444

**Achtung!**  
6-700 Anzüge sowie  
getragene  
Winterpaletots u. Ulster  
Monatsgarderobe  
in feinsten Beschaffenheiten  
gearbeitet, teils auf Gelde für  
jede Figur passend, verkauft zu  
äußerst billigen Preisen  
**Nathan Wand**  
129 Stalder Str. 129.  
Hauptstation Rotbuscher Tor.  
Bitte im eigenen Interesse auf  
Hausnummer zu achten.  
RM. II: Neue Garderobe.

**Stoffe**  
für Maßanzüge,  
Paletots Meter **M. 5, 7, 9**  
Kostüm- und  
Ulsterstoffe Mtr. **M. 3, 4, 5**  
Persianer imit.  
130 cm br. **M. 7, 50 950**  
Plüsch Meter **M. 15**  
Seiden-Seal prima Qual. **M. 15**  
Astrachan, Feh-  
fütter **M. 4 50 650**  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der  
Patrikerhe  
**Uur ein Preis!**  
Frühe fetts junge, 7-15 Wfd. schwere  
**Gänse** pro **72**  
Für allererste Qualität!  
Gänserümpfe, Gänse, Gänse,  
Suppenhühner, Brathühner, Tauben  
empfehl  
**F. Wegner, Berlin SO.**  
nur Mariannenstr. 34.

**Todes-Anzeigen**

**Verhandl. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Unseren Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß der Kollege  
**Hermann Klippert**  
(Mitglied der Ortsverwaltung),  
welcher in der Berliner Verwal-  
tung beschäftigt war, im Alter  
von 54 Jahren verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 18. Oktober, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen St. Pauls-Kirch-  
hofes in der Seestraße aus statt.  
85/15 **Die Ortsverwaltung.**

**Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.**  
2. Abteilung.  
Am 11. Oktober verschied nach  
schwerem Leiden der Genosse  
**Artur Thieme.**  
Derfelbe war als langjähriger  
Obmann der 10. Verkaufsstelle  
stets bemüht, seine ganze Kraft  
und seine freie Zeit in den Dienst  
der idealen Sache zu stellen. Leider  
wurde seinem Wirken ein zu frühes  
Ziel gesetzt. 107/10  
Wir betrauern in dem Ver-  
storbenen einen der Besten unserer  
Sache und werden wir sein An-  
denken stets in Ehren halten.  
**Der Genossenschaftsrat der 2. Abteilung.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der Patzer.  
Am 13. Oktober starb unser  
Mitglied  
**Gustav Duhr**  
(Bezirk Gesundbrunnen).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 17. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Sophien-Kirchhofes in  
der Freienwalder Straße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
146/1 **Der Vorstand.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Sektion der Stukkateure.  
Den Kollegen zur Nach-  
richt, daß am Mittwoch, den 15. Oktober,  
unser Kollege  
**Gustav Meißner**  
im 60. Lebensjahre am Lun-  
gen-schlag gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr,  
von der Halle des Schöneberger  
Friedhofes in der Ragstraße aus  
statt. 145/20 **Die Sektionsleitung.**

**Dauftagung.**  
Anlässlich der großen Teilnahme,  
die uns bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes  
**Albert Krüger**  
anteil geworden ist, legen wir dem  
Deutschen Metallarbeiter-Verband  
sowie den Kollegen der Firma  
**F. Gaebert** unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Witwe H. Krüger und Kinder.**

**Weiche ein  
mit  
Henkel's  
Bleich-Soda.**

**Allgemeine Kranken- u. Sterbe-  
kasse der deutschen Drechsler  
und deren Berufsgenossen**  
(G. u. 86. Hamburg).  
Verwaltungsstelle Berlin S.  
Am 14. d. M. verstarb unser  
Mitglied 39/11  
**Heinrich Zimmermann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung: Sonnabend nachm.  
8 1/2 Uhr von der Leichenhalle des  
Zentralfriedhofes in Friedrichs-  
felde aus. 164/11  
**Die Ortsverwaltung.**

**Verb. d. Schneider, Schneiderinnen  
u. Wäscheherber Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Unseren Mitgliedern hiermit zur  
Nachricht, daß die Kollegin  
**Klara Melzer**  
(Branche Damenkonfektion)  
am 14. Oktober cr. im Alter von  
46 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von  
der Halle des Hohen-Kirchhofes,  
Nieder-Schönhausen-Nordend, aus  
statt. 164/11  
**Die Ortsverwaltung.**

**Das größte Abonnementshaus feinsten  
Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine  
Monats-Garderobe  
direkt an Private.**  
Anzüge und Paletots von 10 M. an.  
**Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.**  
vis-à-vis der Karlstraße.

**Monats-Garderobe  
direkt an Private.**  
Anzüge und Paletots von 10 M. an.  
**Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.**  
vis-à-vis der Karlstraße.

**Magenleiden**  
Bei Verdauungs-  
störungen, Appetit-  
mangel, verdurbenem Magen,  
Sodbrennen, Blähungen, Magenkrämpfen und  
Schwäche, Magenkrampf, Uebelkeit mit Er-  
brechen, Sodbrennen, Magenbeschwerden, sind  
**Reichel's Magentropfen**  
nachweislich, erprobter Wirkung u. wohl-  
tend wie Keines auf den kranken Magen.  
Flasche 50 Pf. echt mit  
u. 2 M. Würstchen Marke „Medico“  
Wenn in Progerien nicht erhältlich, durch  
**Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.**

**Theater und Vergnügungen**

Freitag, 17. Oktober 1913.  
Anfang 6 Uhr.  
**Eines Palast am Zoo.** Varietés-  
Lichtspiele.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Eines Rollendorf-Theater.** Varietés-  
Lichtspiele.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Rgl. Opernhaus.** Der Rosen-  
kavalier.  
**Rgl. Schauspielhaus.** Die Her-  
mannschlacht.  
**Königsgräber Straße.** Brand.  
Deutsches. Torquato Tasso.  
Jitrus Buch. Galavorstellung.  
Jitrus Schumann. Galavorstellung.  
Anfang 8 Uhr.  
**Kranke.** Spektralanalyse und Elek-  
tronentheorie.  
8 1/2 Uhr: Prof. Dr. Schwahn:  
Die Entstehung der Gebirge und  
die Erdbeben.  
**Kammerstücke.** Benet. Abenteuer.  
Heirat wider Willen.  
Leitung. Reitwende.  
**Deutsches Opernhaus.** Der Trou-  
badour.  
**Deutsches Schauspielhaus.** Der  
gute Ruf.  
**Neues Opernhaus (Kroll).**  
Fischel.  
**Deutsches Künstlertheater.** Der  
Eberpelt.  
**Berliner.** Die einst im Mai.  
Thalia. Die Langoprinzessin.  
**Theater am Rollendorfsplatz.** Die  
Heimkehr des Odysseus.  
**Romdienenhaus.** Das Paar nach  
der Mode.  
**Theater des Westens.** Gräfin  
Fifi.  
**Schiller O.** Am Tage des Gerichts.  
**Schiller Charlottenburg.** Wenn  
der neue Wein blüht.  
**Montis Operetten.** Der lachende  
Gemann.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt  
in 40 Tagen.  
**Kasino.** Ferdinand der Tugend-  
hafte.  
**Reines.** Belinde.  
**Trianon.** Seine Geliebte.  
**Opernhaus.** Was sagen Sie zu  
Veitstuch?  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Steinerer Sänger.  
**Eines Apollo-Theater.** Varietés-  
Lichtspiele.  
**Eines Friedrich-Wilhelmstadt.**  
Varietés-Lichtspiele.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Reibens.** Im Ehefisch.  
**Zur Spielhaus.** Puppenkittl.  
**Kuisen.** Der Gattenbesitzer.  
**Wiese.** Laura maskiert.  
**Folies Caprice.** Ritter Baldrian.  
Die Mißgeburt. Das Adoptiv-  
kind.  
**Walhalla.** Der Liebesonkel.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volkstheater.** Der Iebige  
Dof.  
Anfang 9 Uhr.  
**Admiralspalast.** Die lustige Puppe.  
**Eines Rollendorf-Theater.** Varietés-  
Lichtspiele.  
**Zerrenwarte.** Invalidenthr. 57-62  
**Deutsches Schauspielhaus**  
Abends 8 Uhr: **Der gute Ruf.**

**Schiller-Theater O. Theater.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Am Tage des Gerichts.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Jugendfreunde.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Freiwill.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
**Schiller-Theater Charlotten-  
burg.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Wenn der neue Wein blüht**  
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:  
**Götze von Berlichingen.**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Die Großstadtluft.**  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Der Pfarrer von Kirchfeld**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Großstadtluft.**  
**Theater in der Königsgräber Straße**  
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**  
**Komödienhaus.**  
8 Uhr: **Das Paar nach der Mode.**  
**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**  
**Theater des Westens.**  
8 Uhr: **Gräfin Fifi.**  
Sonnt. nachm. 3 1/2: **Der liebe Augustin**  
8 1/2 Uhr: **Residenz-Theater** 8 1/2  
Uhr:  
**Im Ehefischig.**  
(Les Mariis en cage.)  
Schwan! in 3 Akten v. Antony Mars  
und Maurice Desvalliers  
Norg. u. folg. Tage: **Im Ehefischig.**  
**Montis Operetten-Theater**  
Schiffbauerdamm 4a.  
8 Uhr: **Goldspiel** Jul. Spielmann:  
**Der lachende Gemann.**  
Sonntag 3 Uhr: **Der Vogelshändler.**  
**Deutsches Künstlertheater**  
Sozietät.  
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
8 Uhr: **Der Biberpelz.**  
**Lessing-Theater.**  
Anfang 8 Uhr: **Zeitwende.** Anfang  
8 Uhr: **Schauspiel** in 4 Akten v. G. Endersberg.  
**Theater am Rollendorfsplatz 5.**  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Die Heimkehr des Odysseus.**  
Norg. Sonnab. 3 Uhr (2. Besize): **Ver**  
**100 Jahren od. Napoleons Sieg u. Fall.**

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
Freitag 8 Uhr: Prof. Dr. P. Spies:  
**Spektralanalyse und  
Elektronentheorie.**  
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Schwahn:  
**Die Entstehung der Ge-  
birge und die Erdbeben.**  
**Passage-Panoptikum**  
**Mundmaler Schuld**  
der  
**Rafael**  
**ohne**  
**Arme**  
bei seinen Arbeiten.  
**Lebend zu sehen!**  
Der Mann mit der eisernen Hand  
und die anderen Attraktionen.

**Zirkus**  
**Alb. Schumann.**  
Heute Freitag, 17. Oktober  
Anf. 7 1/2, Ende 11 Uhr  
**Gr. Elite-Vorstellung.**  
u. a.  
**10 Bengal-Königs-Tiger 10**  
vorgeführt von Herrn Sawade.  
Die boxenden Katzen  
Die boxenden Hunde  
Rollschuhlaufende Affen  
Die Schleuderfahrt im Luftschiff.  
Sonntag, den 19. Oktober:  
**2 gr. Vorstellungen 2**  
nachm. 8 1/2 u. abds. 7 1/2 U.

**Zirkus Busch.**  
Heute Freitag, den 17. Oktober,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Gala-Sports-Vorstellung.**  
Les Pissittis, Gladiatoren - Akt.  
Baptista Schreiber, Reittänzerin.  
Die neue große Kunst. Pantom.  
**Aus unseren Kolonien.**  
**Voransage.** Sonntag 2 große  
Gala-Vorstellungen, nachm. 8 1/2 u.  
abends 7 1/2 Uhr. Nachm. hat jeder  
Erwachsene ein angelegtes Kind  
unter 10 Jahren auf allen Sitz-  
plätzen frei. Jedes weitere Kind  
unter 10 Jahren zahlt die Hälfte  
auf den Sitzplätzen.

**Metropol-Theater**  
Abends 7 Uhr 55 präzise:  
**Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.**  
Gr. Ausstattungsgest. in 10 Akten u. 10 Bildern  
in 19 Bild. in vollst. freier Benutzung  
des Jules Verne'schen Romanes von  
**Julius Freund.**  
Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.  
**Karl Bachmann. Joseph Giampietro.**  
**Guido Thielscher. Alfred Schmasow.**  
**Leopold Wolf. Ludwig Wolf.**  
**Helene Ballot. Ida Russka. J. de Lande.**  
Neu! Von 9-1 Uhr: Neu!  
**Metropol-Bar**  
Rendezvous  
der vornehmen Lebewelt.  
**2 Kapellen.**

„Sängerabteilung I“ und „Männerchor Norden“.  
M. d. D. A.-S.-B. Chorleiter: Herr Paul Kurz.  
Sonntag, den 19. Oktober 1913:  
**Konzert**  
in der **Brauerei Friedrichshain.**  
Mitwirkende:  
Frau Margarete Böhme-Heldreich (Sopran), Herr Gustav  
Franz (Bariton), Herr Dr. Artur Böhme (Flügel u. Orgel).  
Konzertflügel Ibach.  
Zur Aufführung gelangt u. a.: „Wernher“. Ein Urnen-  
gang vor 700 Jahren; für Männerchor, Sopran- und  
Bariton solo mit Klavier, Orgel- und Instrumental-  
begleitung. 2657b  
Kasseneröffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr.  
Billets 60 Pf., an der Kasse 75 Pf.

**Heute Premiere**  
in allen  
**Lichtspielen.**

**UT**  
Lichtspielen.  
**Rudolf  
Schildkraut**  
in einem Film  
von Felix Salten  
**Der Shylock  
von Krakau**  
168/5

**Voigt-Theater**  
Badstraße 38.  
Freitag, den 17. Oktober 1913:  
**Der Geigenmacher  
von Mittenwald.**  
Vollständiges Spiel in 3 Akten u. 3 Bühnen-  
Rasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
**Folies Caprice.**  
Anfang 8 1/2 Uhr:  
**Ritter Baldrian**  
**Das Adoptivkind**  
**Die Mißgeburt**

**„Clou“ :: Berliner ::  
Konzerthaus**  
Mauerstraße 62. — Zimmerstraße 90/91.  
**Großes Doppel-Konzert!**  
Berliner Konzerthaus-Orchester. Leitung: Komponist Frz. v. Blon  
und als Gastdirigent: Hofkapellmeister Prof. Traugott Ochs.  
Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirig.: Oberm. Baarz.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen **Gr. Nachmittags-Konzert** bei freiem  
Wochentagen: Eintritt.  
**Brauerei Friedrichshain**  
am Königstor. Oekonom: Ernst Liebing.  
Mittwoch, den 22. Oktober cr.:  
**Heiterer Künstler-Abend.**  
Anfang 8 Uhr. Sensations-Programm. Entree 30 Pf.

**Reichshallen-Theater**  
**Stettiner Sänger**  
Reut. „Alarm!“  
Milit. Humoreske.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend nachm.  
3 Uhr u. es  
mündigt. Freies!  
„Alarm!“  
Tag. 1 R., Saft. 75 Pf., Entree 30 Pf.

**Casino-Theater**  
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Der neue Saison-Poffen-Schlager  
**Ferdinand der Jugendhafte.**  
Das droll. Stück seit Besuchen d. Ideal.  
Vorher das erst. Spezialität-Geogr.  
Sonntag, nachm. 4 Uhr:  
**Am grünen Strand der Tyree.**  
**Admiralspalast.**  
Eis-Arena. — Allabendlich  
das neue mit durchschlagendem  
Erfolg aufgeführte Eisballett  
**Die lustige Puppe.**  
Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.  
Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Parteigenossen! Erscheint heute abend zahlreich zur Flugblattverbreitung!

Groß-Berliner Mietsverträge.

Die herrschende Wohnungsmisere ist eine der gemeingefährlichsten Ausgeburt...

Eichbächer ist Jurist, und er betrachtet deshalb die Frage ausschließlich als ein rein rechtliches Problem.

boden schaffen, wo nur sein wirtschaftliches Interesse maßgebend ist.

Mit Recht ist angefaßt dieser L. fachen das Gesamturteil Eichbachers über den Groß-Berliner Mietsvertrag geradegu vernichtend.

Eine Milderung der bestehenden Praxis zugunsten der Mieter wäre durch Annahme des bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches...

Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Außer heute findet am Sonntag, den 19. Oktober, eine Flugblattverbreitung für die Stadtverordnetenwahl...

Schöneberg. Zu der heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung...

Steglitz-Friedenau. Heute (Freitag) findet im „Abrechthof“ der fünfte Vortrag des D. u. d. K. u. z. s. statt.

Milberdorf (Dorf). Am Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr...

Mit-Offenide. Zu der heute abend, 7 1/2 Uhr, stattfindenden Flugblattverbreitung...

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr...

Kaulsdorf (Lößl.). Heute Freitag abends 6 Uhr Flugblattverbreitung vom Lokal des Herrn Böhm am Bahnhof aus.

Bogndorf und Umgegend. Am Montag, den 20. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr...

Nieder-Schönhausen-Rordend. Am Sonntag, den 19. Oktober, nehmen die Genossinnen und Genossen an der bei Roczki in Panlow...

Tegel. Am Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Trapps Festhallen (Znd. Ziege), Bahnhofstr. 1...

Röntgenal, Jeyernid, Buch. Zur Feier des 1. Stiftungsfestes findet am Sonnabend, den 18. Oktober...

Einführung in „die Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ bejagt ein vom Bezirkswahlverein veranstalteter, 5 Abende umfaffender, Vortrag...

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Gegen die Drangsalierung des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“ durch die staatliche Schulaufsichtsbehörde will der Berliner Stadtfreiwirt nichts tun.

Die Schlacht bei Leipzig.

Seit Napoleons Lieblingsplan, nach Berlin vorzustößen und durch die Besetzung der preussischen Hauptstadt...

des Krieges gewachsen waren. „Früher hatte man“, sagte Key, banger Ahnungen voll...

Zu der Abneigung seiner Warschälle, Napoleon auf dem Weg nach Norden zu folgen, kam noch ein Weiteres.

Diese Hoffnung allerdings trug. Im Süden von Leipzig werde, so meinte Napoleon, die Entscheidung fallen...

bei Liebertwolkwitz, und als in einem letzten Ansturm der Verzweiflung die russische Gardelavallerie...

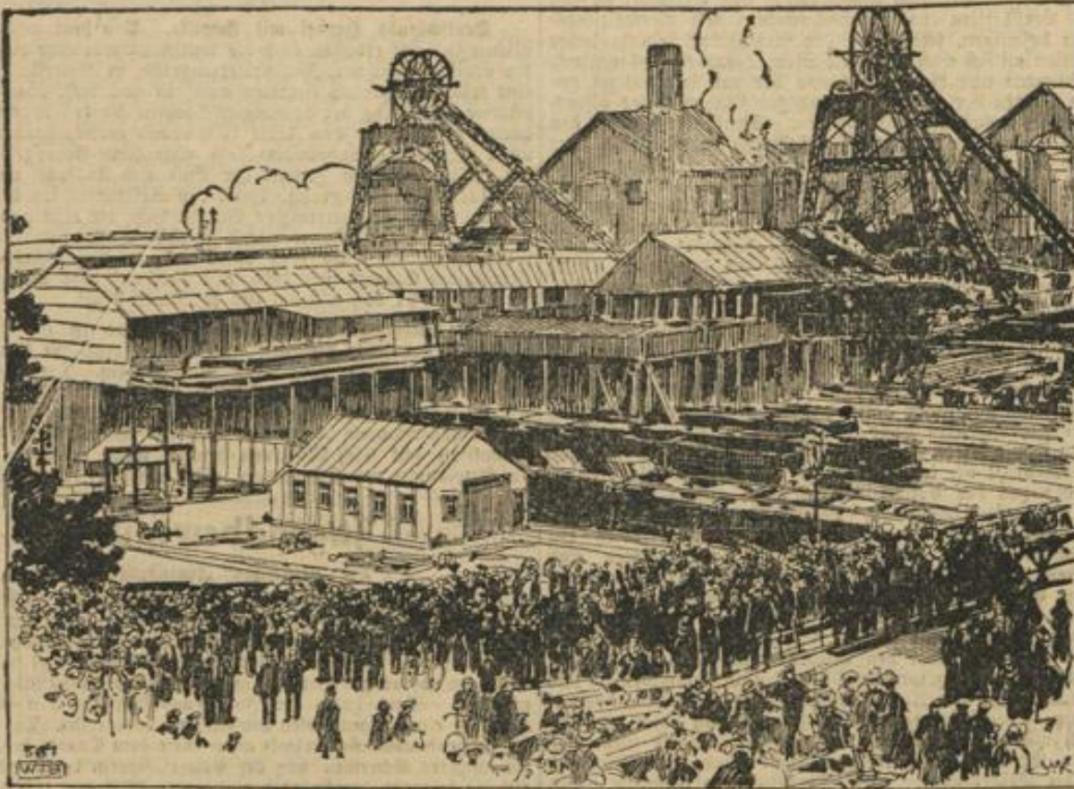
Nach tobte der Kampf weiter, obwohl die Entscheidung gefallen war, aber in der Stadt Leipzig wurden schon auf Befehl Napoleons alle Kloden zur Feier seines Sieges geläutet.

Er wurde nicht einmal einer Antwort gewürdigt, denn auf der Seite seiner Gegner hatte man die Ruhe des 17. Oktober benutzt...









Die Grubenkatastrophe in Cardiff. Die Unlücksstätte

### Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 16. Oktober 1913, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher **Wichelt** eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. In den Ausschuss für die Vorlage betr. den Vorentwurf zum Neubau einer Heil- und Pflegestätte in Buch sind auch die Stadtv. **Ewald, Mann, Nollinger** und **Dr. Wehl** (Soz.) gewählt worden; der letztere ist zugleich stellv. Vorsitzender des Ausschusses.

Der bisherige Stadtv. **Grundwald** (Soz.) hat wegen Verzugs in einem Vorort die Niederlegung seines Mandats angezeigt.

Am 12. Juni cr. überwies die Versammlung den Antrag **Krons** (Soz.)

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen:

die Benutzung der städtischen Turnhallen den Jugendabteilungen des Turnvereins „Fichte“ auch weiterhin zu überlassen oder dem Turnverein „Fichte“ Räume zur Verfügung zu stellen, aus deren Benutzung dem Provinzialfiskalkollegium eine Einwirkung nicht zuzustehen.

einem Ausschuss zur Vorberatung. Dieser Ausschuss hat am 30. September getagt und den Antrag in beiden Teilen mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt. Von Seiten des Magistrats ist geltend gemacht worden, daß man die Frage lediglich vom Standpunkt der Unterrichtsdisziplin zu beurteilen habe, und unter Hinweis auf die veränderte Stellungnahme des Reichsgerichts, wie sie sich in dem Beschluß vom 7. Dezember 1912 dokumentiere, die Auffassung vertreten worden, daß die Stadtverwaltung beim Fehlen des Unterrichtsverlaufsbeschlusses eines (Staatsministerial-)Instruktion vom 31. Dezember 1899 einen detaillierten Privatunterricht weiterhin nicht dulden könne; dabei wurde es keinen Unterschied, ob es sich um „Unterricht“ oder um „Übungen“ handle. Diesen Verlegungen pflichtete die Ausschussmehrheit im wesentlichen bei und lehnte es auch ab, auf den Boden eines Zusatzantrages zu treten, wonach zunächst die Entscheidung des Staatsministeriums über die vom Turnverein „Fichte“ eingelegte Beschwerde abgewartet werden, bis dahin aber die Ueberlassung der Schulturnhallen weiter stattfinden solle.

Der Referent des Ausschusses, Stadtv. **Galland** (A. L.), gibt nach einem Rückblick auf die Vorgeschichte der Angelegenheit eine Darstellung der Sachlage, wie sie sich seit Dezember 1912 gestaltet hat. Die Reichsgerichtsentscheidung sei maßgebend und ihr habe sich auch die Stadt Berlin zu fügen.

Stadtv. **Stadthagen** (Soz.): Im Gegensatz zu dem Antrage des Ausschusses bitten wir Sie, unseren Antrag in der erweiterten Fassung anzunehmen, die er von den Antragstellern im Ausschuss erhalten hat. Der Verein hat auf die Entscheidung des Ministers über die eingereichte Beschwerde bis jetzt vergeblich gewartet. Daß der Minister nicht antwortet, dafür kann doch der Turnverein nicht verantwortlich gemacht werden. Der Magistrat hat eine Verlängerung der dem Verein gestellten Frist über den 1. Oktober hinaus abgelehnt; da der Turnverein den Minister nicht zwingen kann, Antwort zu geben, so muß doch, wenn man nicht in höchstem Grade inkonsequent sein will, die Frist verlängert werden, bis die Entscheidung des Ministers da ist. Es handelt sich hier um ein ausnahmsweises, verfassungsmäßig und gesetzwidriges Vorgehen gegen den Turnverein „Fichte“. Gewiß ist der Magistrat dabei „gehabt“ worden; aber er ist im Irrtum, wenn er glaubt, durch das Gesetz oder durch die Reichsgerichtsentscheidung zu seinem Vorgehen gezwungen zu sein. Die Ministerialinstruktion stammt aus einer Zeit, wo das Turnen überhaupt unterlag und der Turnvater Jahr des Hochverrats angeklagt war, weil er die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands predigte. In der Entscheidung der vereinigten Strafsenate steht kein Wort von Turnunterricht; der Turnunterricht wurde schon übrigens deshalb nicht unter jene Verordnung fallen, weil damals das Turnen als staatsgefährlich überhaupt verboten war. Es ist doch ganz unmöglich, heute in so reaktionärem Sinne zu verfahren, ohne sich selbst ins Gefäß zu schlagen. Es ist ja auch jenen Turnlehrern des Vereins, welche den Erlaubnisbeschein besitzen, unterlag worden, in dem Verein zu unterrichten, der Karte Beweise, daß es sich um eine rein politische Maßnahme und folgerichtig um einen Bruch der Verfassung handelt. Wenn die Ausschussmehrheit meint, sie könne nicht annehmen, daß das Ministerium anders entschieden werde, so stellt sie damit doch dem Ministerium ein Mißtrauensvotum aus, zu dem ich mich vorläufig noch nicht entschließen möchte; es spricht daraus ein ganz übermäßiger Mangel an Zurechnung. Das Statut des Vereins enthält kein Wort von „Turnunterricht“; Unterricht und Übungen sind etwas grundverschiedenes; was berechtigt den Magistrat, hier ohne weiteres „Turnunterricht“ anzunehmen? Erzieherische Tätigkeit liegt dem Verein völlig fern; er hat nur, er gibt nur Gelegenheit zum Turnen auf vollstündiger Grundlage. Ich muß die Zurechnung haben, daß der Minister nach aus dem Grunde der Beschwerde des Vereins stattgegeben wird, weil in § 4 der Städteordnung ausdrücklich gesagt ist, daß alle Verordnungen der Stadt allen Bürgern ohne Unterschied, also auch ohne Unterschied der politischen Richtung, zugänglich sind. Deswegen mußte doch auch der Magistrat warten,

bis der Minister beziehungsweise das Staatsministerium seine Entscheidung gefällt hat. Viel schlimmer aber finde ich den Eingriff in die Selbstverwaltung, der hier begangen worden ist. Unsere Nachbargemeinde Schöneberg ist längst in dem Sinne des zweiten Teils unseres Antrages vorgegangen, ohne daß bis jetzt etwas dagegen geschehen wäre. Warum soll Berlin nicht ähnlich vorgehen, warum will es diesen Salag einfach hinnehmen? Wie kann man eine Rohbandentfester der Völkervereinigung hegen und gleichzeitig die schmachtvollen Karlsruher Beschlüsse durch ein solches Verhalten nachträglich sanktionieren? Den Antrag, daß die Stadtverwaltung wenigstens eigene Räume zur Verfügung stellt, die dem Einfluß der Schulaufsichtsbehörde entzogen sind, kann ein wirklich Liberaler nicht ablehnen, wenn er sich nicht der Drangsalierung aus politischer Verfolgungssucht mitschuldig machen will. Es sind bei den Uebungen Ordner, Leiter da, aber nicht Lehrer. Unzweifelhaft haben die Mitglieder des Turnvereins „Fichte“ das Recht, sich durch Turnübungen zu betätigen, und dieses Recht soll ihnen genommen werden! Weisen Sie diese ungeschickliche Zumutung der Reaktion zurück, indem Sie wenigstens den zweiten Teil des Antrages annehmen! (Beifall.)

Die Verhandlung wird hier unterbrochen und in gemeinsamer Sitzung der beiden städtischen Behörden unter Vorsitz des Oberbürgermeisters **Wermuth** in die Versammlung des Zweckverbandes Groß-Berlin an Stelle des verstorbenen Stadtv. **Ahlmann** der Stadt **Dahlemburg** gewählt.

Darauf wird in der unterbrochenen Verhandlung fortgefahren.

Stadtv. **Hirselorn**: Ein Anspruch darauf, daß dem Turnverein „Fichte“ die städtischen Turnhallen überhaupt gesperrt werden sollen, ist von der Regierung nicht erhoben worden, die Männer- und Frauenabteilung desselben können ungehindert weiter in unseren Turnhallen turnen. Es handelt sich um eine rein unterrichtliche Frage. Auch die neue Entscheidung des Reichsgerichts betrifft den Turnunterricht bei Jugendlichen, und an sie muß der Magistrat sich halten und die Konsequenzen daraus ziehen, weil er sich sonst der Beihilfe zu einer von dem Gesetz mit Strafe bedrohten Handlung schuldig machen würde. Der Magistrat hat, indem er die Frist bis zum 1. Oktober hinaussetzt, ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt; er wollte die Uebergangszeit nicht zu knapp bemessen. Wir wissen ganz genau, wie der Unterrichtsminister über die Sache denkt; ein Erfolg ist von der eingelegten Beschwerde nicht zu erwarten. Es gibt auch keinen Injanzengang von dem einzelnen Minister an das Staatsministerium; es läme faktisch nur auf ein weiteres Hinausschieben hinaus. Es ist sich um Turnlehrer, Turnwart, Turnleiter oder Vorturner handelt, ist von untergeordneter Bedeutung; eine Leitung ist unbedingt erforderlich, und für diese Leiter verlangt nunmehr das Reichsgericht den Unterrichtsbescheinigung.

Stadtv. **Rosenfeld** (Soz.): Diese Ausführungen sind nicht geeignet gewesen, die Darlegungen des Kollegen Stadthagen zu entkräften, insbesondere den Vorwurf, daß wir einen Eingriff in die Selbstverwaltung zulassen, wenn wir uns auf den Standpunkt des Magistrats stellen. Es muß mit Bedauern konstatiert werden, daß die heute im Magistrat herrschenden Anschauungen viel rückföhrlicher sind als in der Vergangenheit; ich verweise da nur auf eine Erklärung Reichners vom 13. März 1897, die mit wahrhaft goldenen Worten die Unparteilichkeit der städtischen Behörden als selbstverständlich betonte. Stünde der Magistrat noch auf jenem Standpunkte, so müßte er erklären, er gebe sich nicht dazu her, unter dem Deckmantel jener alten Verordnung den Turnverein „Fichte“ anders als andere Vereine zu behandeln, bloß weil er politisch verdächtig ist. Der Minister hat dem Magistrat lediglich ein Exemplar des Reichsgerichtsbeschlusses überhandt „zur weiteren Veranlassung“; der Magistrat soll also erst prüfen, ob dieses Erkenntnis auf die Jugendabteilungen des Turnvereins „Fichte“ Anwendung findet. Diese Prüfung scheint sich der Magistrat gänzlich erspart zu haben. Trotz der Ausführungen des Kollegen Stadthagen stellt der Magistratsvertreter Turnunterricht und Turnübungen einfach gleich! Es fehlt völlig an der Feststellung, daß ein „Turnunterricht“ dort stattfindet, und das Vorgehen mit dem Ueberbürgermeister auf der Anlagebank wegen Beihilfe zu einer strafbaren Handlung gilt einmütigen doch noch nicht. Der Magistrat zeigt sich heute eben viel rückföhrlicher als in früheren Jahren. Und auch die Vertreter der Versammlungsmehrheit haben im Ausschuss bedauerlicherweise gegen den Verein Stellung genommen, in ganz besonders einseitiger und voringenommener Weise namentlich ein Herr, der heute hier nicht erschienen ist. Nur ein Mitglied der bürgerlichen Fraktionen hat sich auf unsere Seite gestellt. Den zweiten Teil des Antrages empfehle ich Ihnen noch bedauernd, weil es sich in dem Verlangen des Provinzialfiskalkollegiums durchaus nur um die Turnhallen handelt, welche den Gemeindeschulen dienen. Mit der Ablehnung unseres Antrages leisten Sie den Bestrebungen Vorschub, einen Turnverein nur deshalb zu sanktionieren, weil ihm Sozialdemokraten angehören. (Beifall.)

Stadtv. **Reimann** (A. L.): Herr Kollege Rosenfeld hat vorher die Worte des Oberbürgermeisters Reichner zitiert und einen Gegenobj konstatieren wollen zwischen uns und Reichner damals. Recht wir haben uns geändert, sondern das Reichsgericht hat sich geändert. Der Magistrat hat vollkommen korrekt gehandelt. Auch bei Uebungen Jugendlicher muß ein Leiter, ein Unterrichtsleiter zugegen sein. Den zweiten Teil des Antrages müssen wir ebenfalls

ablehnen; die betreffenden Lehrlinge haben in zahlreichen Turnvereinigungen ausreichende Gelegenheit, sich turnerisch zu betätigen. Damit schließt die Erörterung. Im Schlusswort tritt der Referent den Ausführungen Stadthagens nochmals entgegen. Nur eine Befestigung der Reichsgerichtsentscheidung und der Bestimmungen von 1894 und 1899 könne den Antragstellern zu Hilfe kommen. Auch das Ministerium müsse sich nach einer Reichsgerichtsentscheidung richten.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird der Antrag Krons in beiden Teilen abgelehnt.

Das Orisstatut wegen Errichtung einer Abteilung der Gewerbe-Deputation für Arbeitsnachweise ist von dem eingeleiteten Ausschuss mit unerheblichen Modifikationen genehmigt worden. Der Referent Stadtv. **Sonnenfeld** (A. L.) ist nicht anwesend; er wird durch den Stadtv. **Brunglow** (A. L.) vertreten. Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach den Ausschussanträgen.

Das Orisstatut zum Schutze der Stadt gegen Verunstaltung soll auch auf die Umgebung der städtischen Parkanlagen ausgedehnt werden; ein neu eingeschalteter § 5 stellt demgemäß die Umgebung des Tiergartens und aller städtischen Schmuckplätze unter den öffentlichen Schutz dieses Orisstatuts.

Stadtv. **Staf** (A. L.) beantragt Ausschussberatung. Das Orisstatut habe sich bewährt und seine Erweiterung im Sinne der Vorlage sei durchaus zu begründen. Im einzelnen müsse aber geprüft werden, ob die beschriebenen Beschränkungen in dem beantragten Umfang notwendig und erträglich sind.

Nachdem auch Stadtv. **Duyke** (Fr. Fr.) sich ähnlich geäußert, wird Ausschussberatung beschlossen.

Dem Versammlungsbeschlusse auf Einrichtung einer Deputation für die Schulpflege ist der Magistrat beigetreten und hat den Vorsitz in der Deputation dem Stadtschulrat **Dr. Fischer** übertragen. Die von der Versammlung zu entsendenden 4 Mitglieder werden demnächst gewählt werden.

Eine sehr umfangreiche Vorlage betrifft die Verlegung des Großmarktes für Obst, Gemüse und Rucherwaren von der Zentralmarkthalle nach dem jetzt der Boden-Artien-Gesellschaft Berlin-Nord, der Firma **Fr. Gebauer**, dem Kohlenhandlung und der Firma **Ernst Kupfer u. Co., G. m. b. H.**, gehörigen Terrain an der **Beusselstraße** und dem **Berlin-Spandauer Verbindungskanal**. Dieses Gelände ist 167 230 Quadratmeter groß und nach Ansicht der Marktballendeputation für die Zwecke dieses Großmarktes am besten geeignet. Der Kaufpreis soll 16 678 000 M. betragen, d. i. durchschnittlich 99 M. pro Quadratmeter. Die Firma Gebauer, die ihre große und fast neue Eisengießereianlage aufgeben möchte, fordert für 33 782 Quadratmeter 4,8 Millionen Mark = 142 M. pro Quadratmeter. Der Magistrat beantragt die Genehmigung des Ankaufs und die Bewilligung der dazu erforderlichen Summe. Die Verkäufer haben sich nur bis zum Ende dieses Monats an ihre Offerte gebunden. Zu den Grundwertbeträgen würden hinzutreten: 2,3 Millionen Baukosten des Bahnan schlusses, 10 1/2 Millionen Baukosten für die Grohhalle, 780 000 M. Bauzinsen und 4 Millionen Verzinsung und Amortisation des Kaufgeldes auf 4 Jahre; also Gesamtkostenbetrag 34 1/2 Millionen Mark.

Stadtv. **Berndt**: Die Vorlage soll dem Ziel einer umfassenden generalisierteren Nahrungsmittelversorgung der Großstadt die Wege ebnen. Die heutigen Zustände in der Umgebung der Zentralmarkthalle sind notorisch ungesund und unerträglich. Auch die beschlossene Verlegung des Fleischgroßmarktes schafft durchaus keine durchgreifende Abhilfe. Diese Ueberzeugung teilt mit dem Magistrat und der Versammlung auch der Polizeipräsident. Die Agitation der Obst- und Gemüse-Großhändler gegen unseren Plan kann unter diesen Gesichtspunkten auf Willigung nicht rechnen; der Platzmangel in der Engroshalle ist eben zu groß und ihre Erweiterung an Ort und Stelle eine Unmöglichkeit, sie wäre nur ein höchst kostspieliges, aber nutzloses Experiment. — Der jetzt vorgeschlagene Platz bietet für die Versorgung Berlins und der weitaus Vorort geradezu ideale Vorzüge; 1200 Meter Wasserweg grenze unmittelbar an, der Bahnan schluss sei leicht und bequem, die Lage völlig abgeklärt, eine Einengung durch Bebauung nicht zu befürchten und die Ausdehnungsfähigkeit der Anlage auf Jahrzehnte hinaus gesichert. Dem heutigen Monopol des Großhändlerturns werde damit auch endlich ein Damm entgegen gestellt werden können. Dem Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung spricht der Magistratsvertreter noch besonderen Dank aus und verteidigt dann die vom Magistrat aufgestellte Rentabilitätsberechnung. Großen Opfern siehe hier auch ein großer Gewinn gegenüber. (Beifall.)

Stadtv. **Jacobi** (A. L.): Die Markthallen sind seit Jahren das Schmerzenskind der städtischen Verwaltung. Die seitlichen Uebelstände in der Umgebung der Zentralmarkthallen sollten durch Verlegung des Großmarktes nach der AnprobesträÙe aus der Welt geschafft werden. Im Jahre 1909 haben wir diese Verlegung „schleimig in die Wege zu leiten“ verlangt, und der Magistrat trat diesem Beschlusse bei. Aber es ist nichts geschehen; vielmehr haben wir vor kurzem den Fleischgroßmarkt nach dem Schlachthof zu verlegen beschlossen — ein durchaus praktischer Beschluß. Die Gründe, aus denen wir 1909 den Ankauf des Geländes an der BausträÙe ablehnten, treffen im ganzen auch auf das Gelände an der BeusselsträÙe zu. Die Kleinhandler in Obst und Gemüse, die im Osten wohnen, würden durch die Verlegung des Engroshalles bis nach Charlottenburg schwer benachteiligt. Der Wasseran schluss ist da nicht so ausfallgebend, wie es hingestellt wird. Was aus dem Terrain an der AnprobesträÙe werden soll, darüber sagt die Vorlage kein Wort; und wird es mit der Umgebindeung aus Charlottenburg und Tegel so glatt gehen? — Die Detailmarkthallen-Unternehmung von 1896 hat sich überlebt; die notwendigen Markthallen sollten baldigst abgehoben werden, auch die Zentraldetailmarkthalle wird das Schicksal der übrigen teilen, wenn erst die Grohhalle da fort ist. Die Rentabilitätsberechnung zeigt eine Erhöhung der Stangeelder um 10 Pf. voraus, ein recht bedenklicher Schritt. Immerhin wären manche von uns dem ganzen Projekt geneigter, wenn die Preise uns nicht ganz unannehmbar erschienen. (Zustimmung.) Wo fände sich heute ein Käufer, der für 16 1/2 Millionen dieses Terrain erwerben wollte? Wenn wir das Terrain nicht preiswert bekommen, werden wir eben nach der AnprobesträÙe oder anderswohin gehen. Immerhin beachtlichen wir nicht etwa, das Projekt übers Ante zu brechen, sondern wir sind entschlossen, es eingehend zu prüfen.

Stadtv. **Dr. Anauer** (A. L.): Wir stehen der Vorlage sehr sympathisch gegenüber. Gegen die Verlegung des Obst- und Großmarktes nach der BausträÙe wurden seinerzeit mit Recht wegen der Unzulänglichkeit des Raumes Bedenken geltend gemacht; jetzt endlich ist ein geeignetes Terrain gefunden. Die Zustände am Alexanderplatz hatten jeder Beschreibung. Seit 1901 haben wir gefordert, daß der Fleisch-, Obst- und Gemüse-Großmarkt verlegt werde. Die Stellungnahme der Großhändler vertritt zu sehr eigene Interessen ohne Rücksichtnahme auf andere. Den angebotenen Platz werden sie nicht aufrechterhalten; das sind nur Schreck schüsse. Das jetzige Projekt bietet für die künftige Halle einen ausgezeichneten Bahn- und Wasseran schluss, die Möglichkeit der Zukunftsentwicklung ist hier viel mehr als in der AnprobesträÙe gegeben. Der große StraÙenbauzug, den wir im Norden der Stadt anlegen wollen, wird auch von den Obsthändlern benutzt werden können. Bedenken erweckt der außerordentlich hohe Kaufpreis, sowie der Umstand, daß ein großer Teil des Terrains auf Charlottenburger Gebiet liegt. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen ist aber der Einwand der zu großen Entfernung hinfällig. Das Projekt hat eine große Zukunft und bietet viele Vorteile. Wie lange wird aber die Verlegung des Großmarktes dauern? Angehts einer 34-Millionen-Forderung ist eingehende Prüfung unumgänglich.





